INTERIM

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Nr. 213

29. Oktober 1992

Hallo!

Trotz erbärmlichen Wetters stehen für die nächste Zeit einige Open-Air-Termine an. Also warm an- und losziehen.

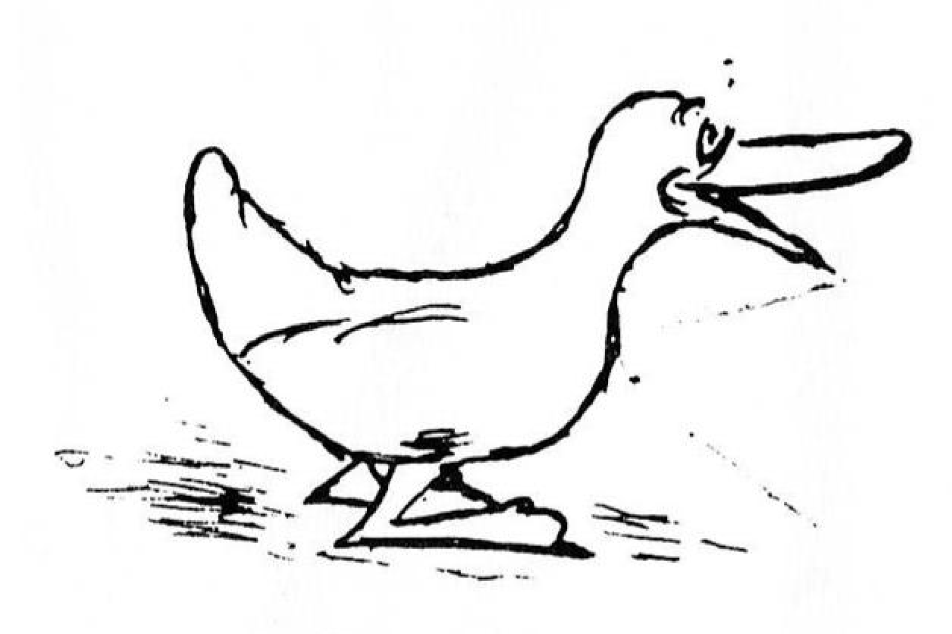
Fraglich fanden wir, daß es zu der Skandal-Demo am 8.11. gleich drei Vorbereitungs-VVs gibt, während wir kaum unsere eigenen Demos vor- bzw. nachbereiten.

Unter den Diskussionsbeiträgen findet ihr ein etwas längeres Männer-Papier. Den Schluß, zu dem der Beitrag kommt, daß nur getrennt-geschlechtliches politisches Arbeiten sinnvoll ist, finden wir eine weitere Disskussion wert. In einem ähnlichen Zusammenhang sehen wir den Boykottaufruf von Frauen zum Umweltzentrum in Münster.

Gratulieren wollten wir noch den BesetzerInnen der Villa Eckertstein in Strausberg zum 1-jährigen (26.10.).

O R D N E R :

- ÖZGÜR-DER
- Plakat zur AntiFa-Demo in Brüssel 24.10.
- AntiFa-Prozeß in Mainz
- Flugis der Anti-Antifa-Bonn
- Plakat zum 8.11.
- Dokumentation zur Auseinandersetzung mit dem UWZ-Münster und Boykottaufruf
- Demovorbereitungstreffen für die Demo am 14.11. in Bonn
- Nachbarschaftsflugi zur Kollwitzstr.-Besetzung



Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schutz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

I N H A L T :

Vertriebsbedingungen:

Einzelabos und **Einzelbestellungen**, auch von alten Heften gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit. (Wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken.) Geht bitte in den nächsten Info-Laden, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Fotokopieren geben.

Ausnahmen davon gibt es folgende:
Knastabos gibt es umsonst und auch **Infoläden und -cafés** außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.

Buchläden und andere **WiederverkäuferInnen** können jederzeit ab 3 Exemplaren bei uns bestellen.

Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens 3 Hefte jede Woche.

Redaktionsschluß ist immer **montags**. Wenn's ganz dringend ist, könnt ihr's auch noch Dienstag probieren. Aber da leeren wir den Briefkasten nicht immer.

Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollen **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine o. ä. schreibt, mal ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Foto oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?

Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in aller Regel ohne Kommentar in die Ordner. Diese befinden sich im Papiertiger, Cuvrystr. 25, im Kopierladen M99, Manteuffelstr. 99 und im Infoladen Daneben, Rigaer Str. 84 und sind dort allgemein zugänglich.

Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in den Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.

Es gilt Anzeigenliste Nr. 3 vom 1. Mai 1989.

Zur Situation in Greifswald

Kurzer Gang der Ereignisse: In Greifswald kommt es schon seit einiger Zeit zu Übergriffen auf "ausländische" Menschen. Die rassistische Angriffe auf das StudentInnenwohnheim im Neubauviertel stellen einen vorläufigen Höhepunkt einer Reihe von zahlreichen Übergriffen dar. Innerhalb des letzten Jahres sind nacheinander mindestens sieben "ausländische" BewohnerInnen des auch von Deutschen bewohnten Heimes in der Makarenkostraße von Greifswalder Faschisten angegriffen und zum Teil verletzt worden.

Unter amderem wurde ein chinesischer Student von Deutschen vor der Disco "Schachtel" gegenüber des Studiheimes zusammengeschlagen und verletzt. Die herbeigerufenen Bullen haben auf die Hinweise, daß die Faschisten sich noch in der Disco befänden, nicht reagiert, sondern den Verletzten unter Gewaltanwendung in ihr Auto geschmissen und vor dem Krankenhaus rausgeschmissen, mit der Bemerkung, sie hätten keine Zeit.

Am Freitag den 16.10 wurde ein marokkanischer Student von Faschisten zusammengeschlagen. Er liegt mit Kopfverletzungen im Krankenhaus. Als es zwei Tage später erneut zu Angriffen auf zwei italienische und eine arabische StudentIn kam, erbaten diese Hilfe von der Polizei. Die Bullen wiesen sie mit der ignoranten Bemerkung, sie könnten sich selbst verteidigen, ab. Daraufhin organisierten die ausländischen StudentInnen ihre Verteidigung. An den folgenden Abenden kam es regelmäßig zu immer stärkeren Angriffen auf die HeimbewohnerInnen, die ihren Anfang immer zwischen 18 und 20 Uhr vom nahegelegenen Rummelplatz neben der Kaufhalle nahmen. Die Faschisten griffen mit Steinen und Mollis an, es gelang ihnen aber wegen der entschlossenen Haltung der ausländischen StudentInnen nicht, das Wohnheim anzugreifen. Zwei ausländische StudentInnen wurden dabei durch Steinwürfe verletzt. Von den deutschen StudentInnen im Wohnheim erhielten die ausländischen Studis fast keine Hilfe, als sich ca. 70 der 350 ausländischen StudentInnen auf der Straße gemeinsam verteidigten.

Für Freitag, den 23. Oktober, wurde bereits im Vorfeld ein größerer geplanter Angriff der Faschos bekannt. Die daraufhin alarmierten Bullen kamen eine Stunde zu spät. An dem vierstündigen Angriff beteiligten sich ca. 250 Faschos. Ihnen wurde von 60 bis 70 ausländischen StudentInnen entschlossen Widerstand geleistet, bis letztere von den ankommenden Bullen abgedrängt und zwei AusländerInnen festgenommen wurden.

Wegen dieser Angriffe konnte eine schon für Freitag geplante Kundgebung am Heim nicht stattfinden. Auch die Demonstration am Sonnabend sollte behördlicherseits verhindert werden. Erst nach massivem Protest konnte eine Genehmigung durchgesetzt werden. Sie konnte mit 250 Leuten durchgeführt werden, von denen ein Teil anschließend zum Schutz des Heims blieb. In dem Viertel waren ziemlich viele Faschistengrüppchen anzutreffen, deren offensichtlich geplante Angriffe aber durch antifaschistische Prävention verhindert werden konnten. Positiv war, daß die angereisten Antifas nicht in eine Beschützerrolle gedrängt wurden, sondern die Verteidigung gemeinsam mit den ausländischen Studis organisiert werden konnte.

Nachdem sich die Straßen von Faschos geleert hatten, kam es zu einem antifaschistischen Angriff auf die oben schon erwähnte Disko "Schachtel", zu der ausländische Studis keinen Zutritt hatten und die ein Treffpunkt von Faschos war. Anschließend stürmten die Bullen ein Haus des Studiwohnheims und traten in zwei Stockwerken alle Türen ein auf der angeblichen Suche nach Auswärtigen.

In derselben Nacht griffen Faschisten in der Altstadt eine Independent-Disko an und verletzten drei BesucherInnen, die sich verteidigten und einem Faschisten dabei Verletzungen zufügten. Im Anschluß wollten dieselben das naheliegende AJZ angreifen, wobei allerdings zwei Autos der Faschisten kaputt gingen. Für die kommende Zeit werden weiterhin Angriffe sowohl auf das Studiheim und ihre ausländischen BewohnerInnen wie auch auf die linken Treffpunkte in der Stadt erwartet.

Die ZAST ist ein Baustein in der Mauer um Europa

Wir, FRAUEN und LESBEN, haben heute, den 29.09. um 11 Uhr, das Büro des Leiters der Ausländerbehörde, Herrn von Chamier, besetzt.

Wir fordern: KEINE ZAST IN HOHENSCHÖNHAUSEN UND ANDERSWO !
denn : DIE ZAST IST EIN BAUSTEIN IN DER MAUER UM EUROPA !

Der Innensenator und die Ausländerbehörde planen, die "Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber " (Zast) nach Hohenschönhausen in die Ferdinand-Schulze Straße zu verlegen. Die Aufgabe dieser Stelle ist die Verwaltung der einen Asylantrag stellenden Flüchtlinge.
Bis jetzt ist die ZAST unter völlig untragbaren Zuständen in der Ausländerbehörde am Friedrich-Krause Ufer untergebracht.
Schon seit Jahren protestieren Flüchtlings- und MigrantInnengruppen gegen Warteschlangen ab 3 Uhr morgens, stundenlange Wartezeiten und andere Schikanen.

Jetzt plötzlich werden eben diese Warteschlangen und außerdem ein größerer Raumbedarf für die neue EDV-Anlage zum Anlaß genommen, die Verlegung der ZAST zu begründen.
Dabei soll zukünftig für Angehörige aus europäischen und einigen anderen ausgewählten reichen Staaten die Ausländerbehörde in der Invalidenstraße,
für Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien die am Waterloo-Ufer
für Flüchtlinge aus dem "Rest der Welt" die ZAST in Hohenschönhausen zuständig sein.
Indem die verschiedenen Zuständigkeitsbereiche der Ausländerbehörde so aufgeteilt werden, schreibt der Innensenat die rassistische Trennung zwischen erwünschten und unerwünschten Menschengruppen auch räumlich fest.
Dabei wird bewußt in Kauf genommen, daß die Sicherheit der Flüchtlinge nicht gewährleistet werden kann.
Denn es ist mittlerweile wohl auch bis zum §nnensenator durchgedrungen, daß in der BRD faschistische Übergriffe, Brandanschläge und Morde an Flüchtlingen an der Tagesordnung sind.

Gerade in Hohenschönhausen traten Neonazis vor einigen Wochen so massiv auf, daß im Flüchtlingswohnheim Zingster Straße schon alles für eine Evakuierung vorbereitet war.

Die geplant ZAST liegt,weitab von der nächsten Straßenbahnhaltestelle,in einem Gewerbegebiet.
Wegen mangelnder Brandschutzmaßnahmen wurden im Ausländer- Ausschuß des Abgeordnetenhauses bereits besorgte Stimmen laut, die um die Unterlagen im benachbarten Katasteramt fürchteten.

Für den Leiter der Ausländerbehörde, Ulrich von Chamier, schien der Standort dennoch anfangs kein Problem zu sein- jetzt, nach massiver Kritik seitens des Flüchtlingsrates, der ÖTV und anderen, macht er sich Gedanken über "Zubringerbusse", entsprechende Kräftepotentiale der Polizei" und eventuell funktionierende Feuerlöscher, hält aber weiterhin an diesem Platz fest.

Unter diesen Bedingungen davon zu reden, die Verlegung der ZAST nach Hohenschönhausen sei im Interesse der Flüchtlinge, ist nur noch zynisch.
Aber es muß klar sein, daß die Institution ZAST als solche sowieso nicht im Interesse der Flüchtlinge arbeitet.

Die ZAST entscheidet nach dem seit Juli 1992 gültigen Asyl-Verfahrensgesetz innerhalb von 6 Wochen per Verwaltungsakt darüber, wer "offensichtlich unbegründet " Asyl fordert. Innerhalb einer Woche muß die abgelehnte AsylbewerberIn ausreisen, sonst erfolgt die Abschiebung. Lediglich eine Woche Frist bleibt ihr, um gegen diese Entscheidung bei Gericht einen begründeten Eilantrag zu stelen.

Die vorgesehen ZAST in Hohenschönhausen stellt nur eine Übergangslösung dar. Ab April soll sie direkt in das sogenannte "Erstaufnahmelager", das Sammellager Streitstraße in Spandau, umziehen.
Dort ist kann praktischerweise gleich eine "Abschiebeeinrichtung", sprich Abschiebeknast, angegliedert. Das Gesetz ermöglicht sogar die Einsetzung von Lagerrichtern, die über eventuelle Einsprüche gegen die Ausreiseverfügung entscheiden sollen.

Diese Maßnahmen dienen dazu, möglichst viele Flüchtlinge reibungslos wieder außer Landes zu schaffen und werden in der Öffentlichkeit als "Beschleunigung des Asylverfahrens" verkauft.

Ziel dieser Politik ist es, die BRD als Wohlstandsinsel gegen die Länder des Südens und Osteuropas abzuschotten und bloß nicht den Gedanken aufkommen zu lassen, daß alle, die hierher kommen, ihr Recht fordern.

Denn diejenigen, die hier als "Wirtschaftsflüchtlinge" bezeichnet werden und angeblich "unser" Asylrecht "mißbrauchen", fliehen vor

den u.a. von deutscher Seite geschürten und mit deutschen Waffen geführten Kriegen.
Oder sie versuchen, der schlechten ökonomischen Situation in ihren Herkunftsländern zu entkommen, die durch die zum Teil jahrhundertelange Ausbeutung der jetzigen Industrienationen verursacht ist.

Dabei haben nicht mal auf dem Papier alle von Vefolgung Bedrohten in der BRD ein Recht auf Asyl. Verschwiegen wird die Tatsache, daß nur der kleinste Teil der anerkannten AsylbewerberInnen Frauen sind und das hat Gründe:

- Das Grundgesetz der BRD sieht für geschlechtsspezifische Verfolgung kein Recht auf Asyl vor
- Die BRD gewährt Kein Asyl bei geschlechtsspezifischer Verfolgung, die besondere Unterdrückung als Frau im jeweiligen Herkunftsland wird nicht anerkannt (wie z.B. die Verfolgung von Lesben und anderen Frauen, die die herrschende Frauenrolle nicht erfüllen).
- Ebensowenig die besondere Härte, die Frauen durch staatliche Repression erleiden müssen (Vergewaltigungsdrohung und Vergewaltigung als gängige Foltermethode).
- Die meisten Frauen, die als Asylantin hier leben, haben diesen Status nur in rechtlicher Abhängigkeit vom Ehemann (bei Scheidung hat frau kein Recht aus Asyl mehr).

Die Medien verleugnen diese Zusammenhänge und legitimieren sowohl die staatliche Vertreibungspolitik, als auch die faschistischen Angriffe bis hin zum Mord.
Sie verbreiten die Ideologie, daß die Ursache rassistischen Denkens und Hädeln s in Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg zu suchen sei und daß Flüchtlinge diese Probleme erst verursachen würden.

Vor dem Hintergrund dieser "Das-Boot-ist-voll-Propaganda suchen dann Politiker nach den praktikabelsten legalen Wegen, die "Fluten einzudämmen", während Faschisten offenen Terror ausüben.

Die geplante Verlegung der ZAST als ein Instrumen staatlicher Vertreibungspolitik nach Hohenschönhausen, wo die Flüchtlinge bewußt faschistischer Gewalt ausgesetz werden, zeigt wieder einmal, daß die Ziele des Innensenators und der Ausländerbehörde einerseits und der Faschisten und Rassisten auf der Straße andererseits nicht weit voneinander entfernt sind.

WIR FORDERN DESHALB:

KEINE ZAST IN HOHENSCHÖNHAUSEN UND ANDERSWO !

ABSCHAFFUNG DER RASSISTISCHEN SONDERGESETZE FÜR AUSLÄNDER/INNEN !

OFFENE GRENZEN FÜR ALLE!!!



Mit Traditionen brechen! Aufmarsch verhindern!

Kundgebung gegen das militaristisch-faschistische Spektakel in Halbe

Vom 24.April bis 1.Mai 1945 fand im Raum Halbe bei Berlin die letzte große Kesselschlacht des 2.Weltkrieges statt. In dem Kessel kämpften 200.000 deutsche Soldaten einen aussichtslosen Kampf, den 60.000 mit dem Leben bezahlten.
Im Jahr 1951 errichtete der damalige Pfarrer von Halbe eine Gedenkstätte auf dem örtlichen Friedhof. Diese wurde von der sowjetischen Besatzungsmacht und später von den staatlichen Stellen der DDR stets übergangen und möglichst verschwiegen.
Die neofaschistischen Kräfte in der DDR nutzten diese Stätte als heimlichen Wallfahrtsort. Darüber hinaus gruben sie in den Wäldern von Halbe nach Kriegsgerät der Wehrmacht und wurden auch vielerorts fündig.
Seit dem Jahr 1990 hat die Pilgerei der Nazis nach Halbe neue Dimensionen angenommen. Die neofaschistische "Berliner Kulturgemeinschaft Preußen"-"BKP" (***1983 von Berliner NPD-lern um Dr. Ursula Schaffer als "Deutsche Kulturgemeinschaft Berlin"-"DKG Berlin"*** gegründet), organisierte zusammen mit dem Berliner Spektrum faschistischer Gruppen, wie der "Nationalistischen Front"-"NF", der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpatei"-"FAP" und der "Wiking Jugend" in den Jahren 1990 und 1991 die Aufmärsche in Halbe. Jeweils am "Volkstrauertag", von ihnen zum sogenannten "Heldengedenktag" hochstilisiert, versammelten sich bis zu 1000 alte und neue Faschisten aus allen Ecken der BRD, sowie aus Belgien, Frankreich, Spanien und den Niederlanden.
Dies erhält eine zusätzliche Brisanz, da die Bundeswehr in beiden Jahren am gleichen Tag, am gleichen Ort, nur zeitlich verschoben, die gefallenen "Deutschen" der Halbe-Schlacht ehrt. Eine instinktlose Geschmacklosigkeit, gepaart mit militaristischer Säbelrasselei.
Die Polizei wohnte im letzten Jahr der ganzen Prozedur aus sicherer Distanz, mit einigen wenigen Beamten bei. Obwohl die Regierung von Brandenburg aus dem Vorjahr hätte wissen müssen, was sich dort abspielt, sah sie sich nicht genötigt einzuschreiten. Doch derartiges hat in der BRD Kontinuität.
Aber auch die antifaschistische Bewegung verhielt sich bis auf kleinere Ausnahmen vollkommen passiv.
Auch in diesem Jahr wollen die Nazigruppen aus allen Ecken der BRD nach Halbe pilgern um gemeinsam mit der Bundeswehr die Toten von Halbe vor ihren politischen Karren zu spannen. Dies darf diesmal nicht geschehen. Nach den Nazi-Aufmärschen in Wunsiedel, Bayreuth und Dresden, den darauf folgenden Pogromen in Hoyerswerda, Rostock und Wismar darf nicht mehr tatenlos zugesehen werden. Es geht darum, alles zu tun, die diesjährigen Aufmärsche zu verhindern. Dazu bedarf es aller, für die das Wort Antifaschismus nicht nur eine leere Worthülse darstellt. Alle sind aufgerufen, nach ihren Möglichkeiten etwas dagegen zu tun.

WIR RUFEN AUF:

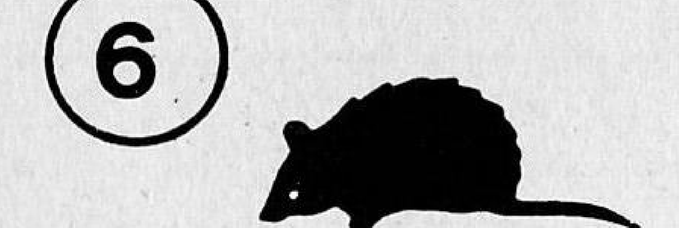
Kommt zur Antifaschistischen Kundgebung, gegen faschistische Geschichtsfälschung und militaristisches Säbelrasseln, am 15.11.1992 in Halbe. Kundgebungsbeginn: 11.00 Uhr

Vollversammlung:
05.11.1992, 20.00Uhr
Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a,
W-1000 Berlin 61

Abfahrt des BerlinerKonvois:
09.00 Uhr, Parkplatz
S-Bahnhof Schöneweide

Der Aufruf wird unterstützt:
Antifaschistisches Bündnis Penzlauer Berg, Antifa Jugendfront Berlin, Antifa Cottbus, Bund der Antifaschisten, IVVdN, AG Rechtsextremismus in der PDS, AG Antirassismus in der PDS, SOS Rassismus e.V., Antifa Infoblatt Berlin, Redaktion antiFA, Redaktion "telegaph", Redaktion Avanti, Redaktion Disput, Neues Forum Berlin, Vereinigte Linke, Unabhängiger Frauenverband Berlin, Bürgerkomitee 15.Januar e.V., Mitarbeiter des Matthias Domaschk-Archiv, Umweltbibliothek Berlin e.V., Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer, Kampangne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, ASTA TU und FU von Berlin, AK Kurdistan "Botan", Ostberliner Eine-Welt-Laden Baobab , Ostberliner Infoläden: Bambule, BanditoRosso, Daneben, Jugendclub Hans Huckebein e.V. Henningsdorf / Falkensee, "B.E.N.Z." e.V.i.G, Edelweißpiraten, AG Junge GenossInnen in der PDS Berlin, PDS,

KONTAKT UND BUS-FAHRKARTEN ÜBER:
Infoladen Bambule, Schönhauser Allee 20, O-1058 Berlin
Antirassistisches Telefon Ostberlin: 42 694 51 (Do 17-22 Uhr)



Antifaschistisches Bündnis gegen den Aufmarsch in Halbe



RAUS AUS DEM GHETTO !

Auf die Straße zum Antifaschistischen Block am 8. November in Ostberlin !

Kommt alle zum Antifaschistischen Block um klarzustellen, daß dieses Deutschland sich nicht wieder die Hände in "Unschuld" waschen kann, nicht schon wieder "nichts gewußt" haben will.

Zum Wohle des deutschen Kapitals war Weizäcker an Wehrmachtsmassakern beteiligt, zum Wohle des deutschen Kapitals ließ er Giftgas gegen das vietnamesische Volk produzieren und zum Wohle desselben Kapitals redet er heute von "demokratischer Läuterung".

Es vergeht kein Tag, an dem wir nicht von Überfällen auf Flüchlinge und ihre Unterkünfte hören. Die Anstifter dieser Pogrome und ihre Hintermänner liefern tagtäglich der Presse und den braunen Horden die Argumente. Mit Krokodilstränen empören sich die Politiker aller Parteien über den von ihnen erzeugten und teilweise gesteuerten Neo-Faschismus und seine Blutspur, um danach gleich wieder zum Thema "Asylmißbrauch" zu kommen. Ihre Argumente und die Folgen davon sind für uns alle zum Kotzen.

Jetzt wollen die Verantwortlichen für Mord und Pogrome, für Sozialabbau, Wohnungsnot und wachsendes Elend ihre Verantwortung vor der Weltöffentlichkeit abgeben.

Zeigen wir ihnen, was wir von ihnen halten : KOTZEN WIR VOR IHRE BRAUNEN FÜSSE !!! Benennen wir ihre Schuld und reißen wir den Heuchlern in Bonn die Masken runter.

Wer gegen Sozialabbau, Wohnungsnot und Treuhand ist, wer gegen Bonner Kriegpläne und Großdeutschland ist, muß die Augen aufmachen und nicht in die rassistische Falle tappen.
Nicht Flüchtlinge und Menschen anderer Religion, Hautfarbe und Geschlecht sind Schuld an dieser beschissenen Lebenssituation, sondern Schuld ist das deutsche Kapital und seine Marionetten im bundesdeutschen Staat.

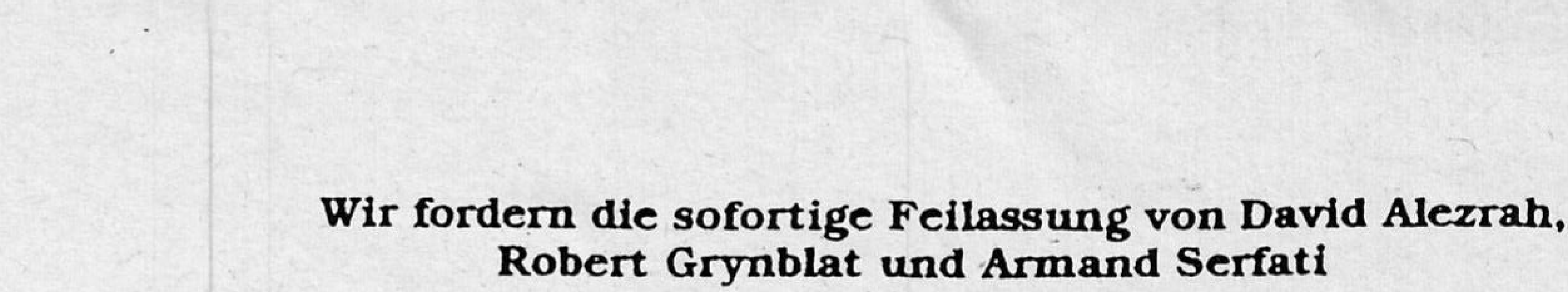
FRIEDE DEN HÜTTEN - KRIEG DEN PALÄSTEN !

GEMEINSAM DIE ANTIFASCHISTISCHEN STRUKTUREN IN DEN STADTTEILEN AUFBAUEN !

Für den Kommunismus !

Kommunistisch - autonome Gruppen







Wir fordern die sofortige Feilassung von David Alezrah, Robert Grynblat und Armand Serfati

Wir protestieren heute am Roten Rathaus, um die sofortige Freilassung von drei in Rostock inhaftierten französischen Juden einzufordern. Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit der Aktion und den Forderungen der französischen Jüdinnen und Juden, die als Angehörige von Überlebenden des Holocaust am Wochenende in Rostock die Kündigung des Deutsch-Rumänischen Abschiebeabkommens gegen Sinti und Roma gefordert und versucht haben, eine Gedenktafel am Rostocker Rathaus anzubringen. Dabei wurden insgesamt 46 von ihnen festgenommen.

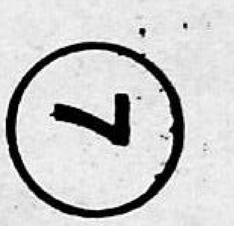
Das heißt im Klartext: In Deutschland werden wieder Juden verhaftet. Während neofaschistische Totschläger und Vergewaltiger allenfalls eine Personalienfeststellung oder milde Bewährungsstrafen erwarten, wird eine Gruppe französischer Jüdinnen und Juden, die in Rostock gegen diese Zustände protestiert, über Nacht festgehalten und gegen drei von ihnen sogar Haftbefehl erlassen.

Der Antisemitismus in Deutschland nimmt immer weiter zu und wird auf allen Ebenen immer gewalttätiger. Während Neonazis ungestört jüdische Friedhöfe schänden und Mahnmale und Gedenkstätten zerstören können, geht auch der deutsche Staat nunmehr selbst immer schamloser gegen Jüdinnen und Juden vor. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an die Auseinandersetzung um die Bebauung des jüdischen Friedhofes in Hamburg-Ottensen, bei der deutsche Polizei wieder Fahndungsmaßnahmen gezielt gegen Juden einleitete oder an die Unterlassung nötiger Schutzmaßnahmen durch die Polizei, die kürzlich die jüdische Gemeinde Potsdam erfahren mußte, aber auch an den Bombenanschlag auf das jüdische Mahnmal an der Putlitzbrücke und daran, daß der jüdische Friedhof in Berlin-Weißensee bereits mehrfach geschändet wurde, ohne daß es zu einer angemessenen öffentlichen Reaktion gekommen ist.

Es gilt keineswegs mehr, den Anfängen zu wehren, sondern jede und jeder Einzelne ist aufgefordert, entschlossen und praktisch gegen Antisemitismus und Rassismus einzutreten. Die hypothetische Frage, "was hätte ich damals getan?", ist schon längst zu einer ganz konkreten Entscheidungsfrage geworden.

Wir fordern:

**** Die Sofortige Freilassung von David Alezrah, Robert Grynblat und Armand Serfati, die Aufhebung der Haftbefehle und Einstellung sämtlicher in diesem Zusammenhang eingeleiteter Verfahren***
**** Den Rücktritt des verantwortlichen Innenministers von Mecklenburg-Vorpommern, Lothar Kupfer***
**** Die Wiederanbringung der Mahntafel in der ursprünglichen, von der jüdischen Gruppe entworfenen Form sowie den Rücktritt der für die Entfernung der Tafel verantwortlichen Rostocker Politiker***
**** Die Auflösung des Deutsch-Rumänischen Abschiebeabkommens gegen aus Rumänien geflüchtete Sinti und Roma und ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge***
**** Solidarität mit den nach Goldberg verbrachten Sinti und Roma - keine weiteren Pogrome!***



DIE OPFER DER RASSISTISCHEN UND FASCHISTISCHEN ANGRIFFE WERDEN NICHT VERGESSEN !!!

Die HERRschenden Bosse, die Politiker und ihre Handlanger, die Nazis stellen sich in einer Front zusammen, um für die Bewahrung ihrer Interessen ein dreckiges Spiel zu spielen. Sie spielen dieses Spiel, um die arbeitenden Menschen, Arbeitslose, Jugendliche zu spalten, zu trennen und gegeneinander aufzuhetzen und um die Menschen, die im Kampf gegeneinander immer mehr verblöden, besser beHERRschen und ausbeuten zu können.
Um dieses Spiel interessanter zu gestalten, werden wir, die Ausländer als die Sündenböcke presentiert. Um diese Politik zum Erfolg zu bringen, ist ihnen jedes Mittel Recht - Lügen, Demagogie, die Schaffung eines Nährbodens für Naziterror und das ganz offene Wegschauen und Nicht-Eingreifen bei Naziaktivitäten, also die direkte wie indirekte Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen und den Naziorganisationen.
FREUNDE,
das Ergebnis dieses dreckigen Spiels ist die Tatsache, daß täglich Menschen von uns mit ihrem Leben bezahlen, daß täglich an verschiedenen Orten gleichzeitig Flüchtlingsheime angegriffen werden, daß sogar, wie in Rostock, die normale Bevölkerung in ihrem rassistischem Wahn gemeinsam mit Nazis Flüchtlinge angreifen.

Unser Freund Mete Eksi war weder das erste noch das letzte Opfer. Nach dem Tod von Mete wurden mehr als zehn Menschen ermordet. Diese Ereignisse zu beenden, diesem Spiel mit unserem Leben ein Ende zu setzen, liegt in unserer Hand.
Wir müssen die Ignoranz aufgeben und gemeinsam unsere Kraft zusammenbringen. Türken-Deutsche, Griechen-Kurden, Jung-Alt, Frau-Mann, müssen zusammenkommen, um gemeinsam auf verschiedensten Ebenen gegen Rassismus und für die Freundschaft der Völker zu kämpfen.
Es gibt keinen anderen Weg als die Schaffung einer starken Bewegung, die es sich zum Ziel setzt, uns vor den Naziangriffen zu schützen und ihre Organisationen zu zerstören.
Ein Schritt in diese Richtung ist Mete und die anderen getöteten Freunde nicht zu vergessen, dem Rassismus und Naziterror nicht schweigend zuzusehen, die rassistische Fratze des deutschen Staates aufzudecken und gemeinsam unsere Wut, unsere Wünsche, unseren Kampf und unsere Entschlossenheit auf die Straße zu tragen.
Kommt zur Demonstration und zur Veranstaltung !

Demonstration :
Ort : Kottbusser Tor
Datum : 14.11.1992 Zeit : 16.00 Uhr

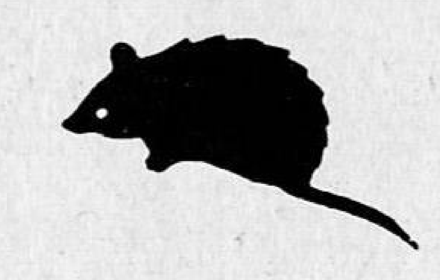
Antirassistische Jugendveranstaltung :
Ort : CHIP, Reichenberger Str.45/46
Datum :14.11.1992
Zeit : 19.00 Uhr

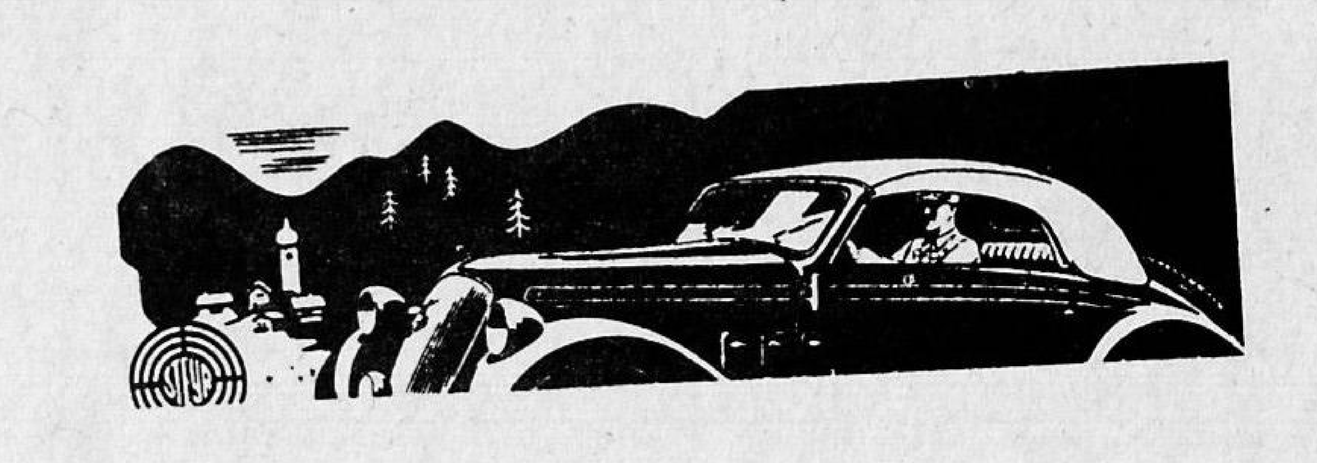
NAZILER DEFOLUN! ANTIFASIST GENÇLIK

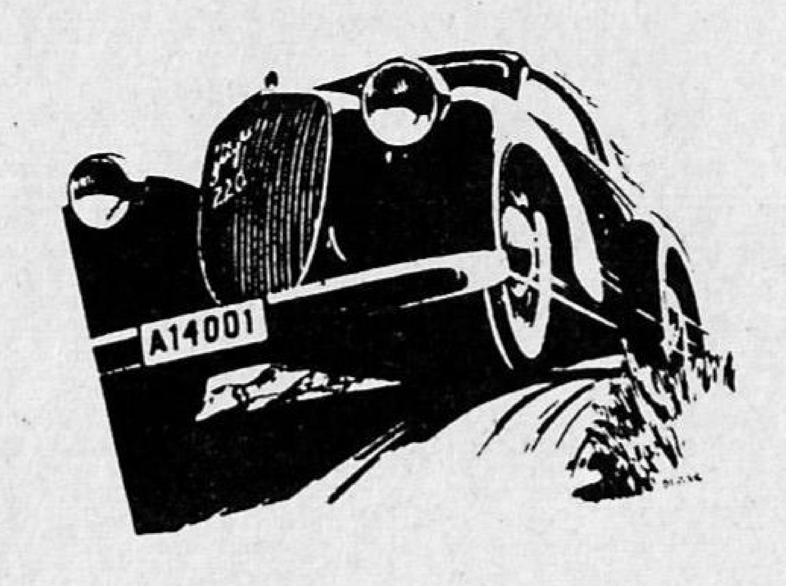
Signal am 8. November

■ Diepgen lädt alle Länderchefs ein / VS: Angeblich Störungen geplant

Berlin. Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen (CDU) hat die Ministerpräsidenten der Länder persönlich zur Teilnahme an der bundesweiten Großdemonstration gegen Ausländerfeindlichkeit eingeladen. In einem Schreiben an die Regierungschefs bitte das Stadtoberhaupt zugleich darum, für die Veranstaltung am 8. November in Berlin zu werben. „Wir hoffen auf ein eindrucksvolles Signal, das die Meinung der überwältigenden Mehrheit in der Bundesrepublik dokumentiert."
Inzwischen wurde bekannt, daß Links- und Rechtsextremisten die Großveranstaltung in Berlin stören wollen. Entsprechende Erkenntnisse des Verfassungsschutzes bestätigte der Staatsminister im Kanzleramt und Geheimdienst-Koordinator der Bundesregierung, Bernd Schmidbauer (CDU), der *Bild am Sonntag.* „Links- und Rechtsradikale konnten sich am 3. Oktober bei den Feiern zum Tag der Einheit in Schwerin nicht durchsetzen. Jetzt gibt es ernste Hinweise, daß sie es in Berlin erneut versuchen. Wir werden dagegen mit aller Härte vorgehen, die ein Rechtsstaat zur Verfügung hat", sagte Schmidbauer. Zu der Demonstration hatte die Präsidentin des Abgeordnetenhauses, Laurien, aufgerufen.
Mehrere Ausländerinitiativen, Gewerkschaften und Parteien haben unterdessen zu einem Marsch „für eine offene demokratische Gesellschaft" und gegen eine Änderung des Asylrechts am 4. November in Berlin aufgerufen. Die vier Tage später geplante Demonstration wird von den Organisatoren der Alternativ-Veranstaltung als „auf den ersten Blick eine schöne Idee, doch weit gefehlt" bezeichnet. Zumindest seitens der mitveranstaltenden CDU und FDP stelle sie eine Alibiveranstaltung dar. Wer gegen Ausländerfeindlichkeit demonstrieren wolle, müsse für den Erhalt des Artikels 16 Grundgesetz eintreten. **ADN**





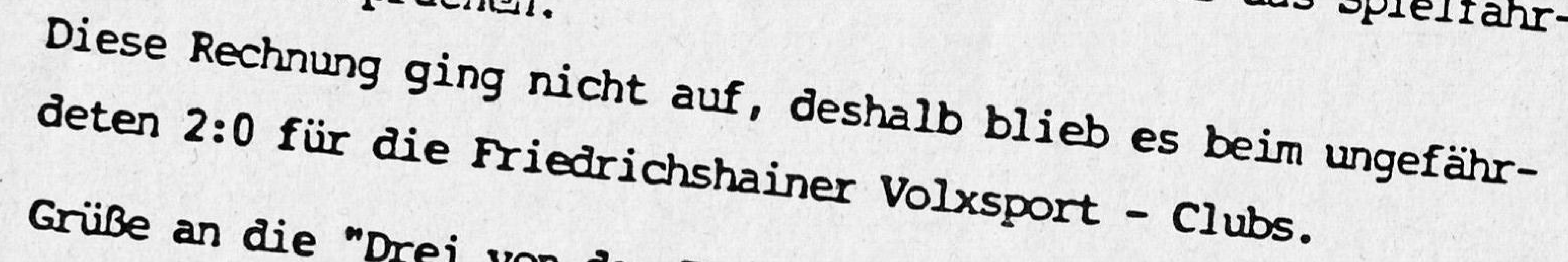


Und nun die Sportnachrichten

Wagensport

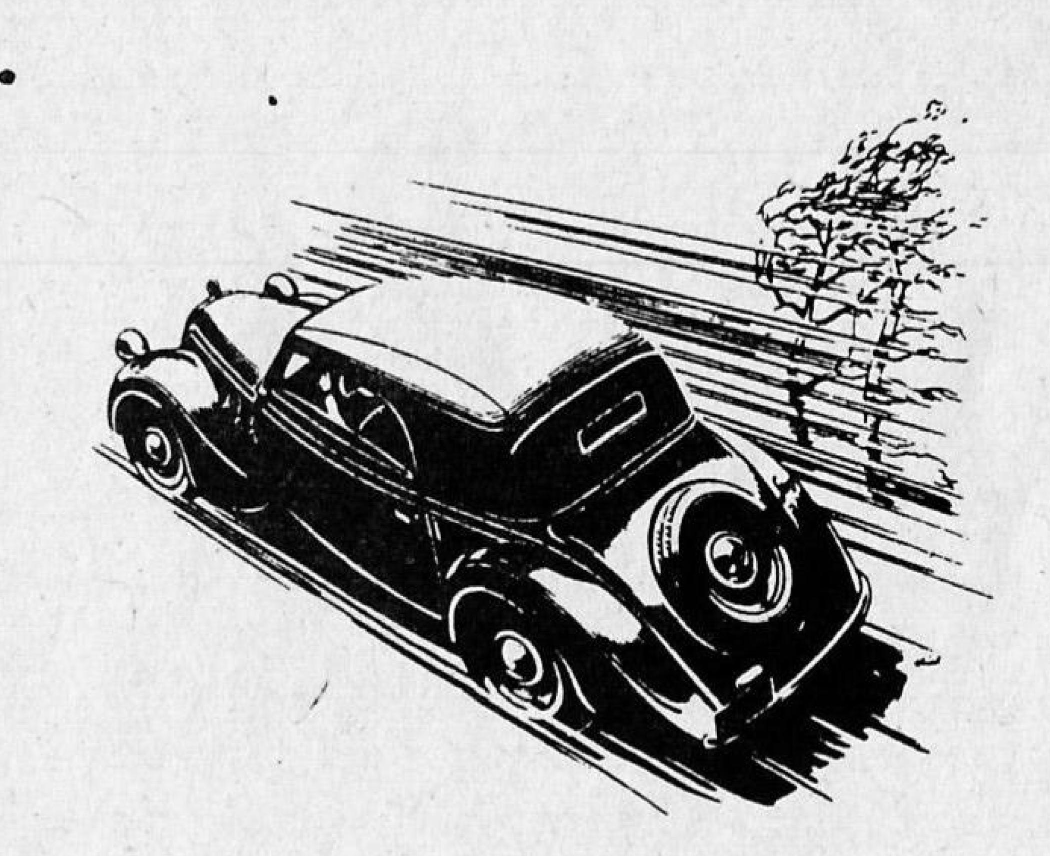
In der 1. Berliner Wagensport Liga kam es in der Nacht vom 24. auf den 25.10.92 zum 2. Spiel in Friedrichshain. Im Lokalderby zwischen Autonomia Friedrichshain (AF) und dem BVM (Bonzen Verein Mainzer Str.) verlor das Fahrzeug des BVM (Nagelneues Mercedes - Bonz - Coupé, Modell ca. 450 - 650, Berliner Kennzeichen) drei seiner schönsten Scheiben und etwas Lack, als es von Hämmern der AF klassisch ausgekontert wurde. Das schwache Abschneiden des BVM wird auf die falsche Taktik des/der TrainerIn zurückgeführt : Er/Sie nahm an, daß wer es sich leisten kann, für eine Wohnung in der geräumten Mainzer Str. eine Miete bezahlen zu können, die mindestens das dreifache einer vergleichbaren Wohnung kostet; dann auch Anspruch darauf hätte, einen ungefährdeten Standplatz für das Spielfahrzeug zu beanspruchen.




Diese Rechnung ging nicht auf, deshalb blieb es beim ungefährdeten 2:0 für die Friedrichshainer Volxsport - Clubs.

Grüße an die "Drei von der Tankstelle".

Bonzen raus aus dem Kiez!



Sprengsatz unter Cabrio

Unbekannte haben gestern früh gegen 3 Uhr in der Boxhagener Straße (Friedrichshain) unter einem geparkten Mercedes-Cabrio einen Sprengsatz gezündet. Es entstand leichter Sachschaden.

Nach Angaben der für politische Delikte zuständigen Abteilung Staatsschutz des Polizeipräsidiums, die die Ermittlungen übernommen hat, sind seit Beginn dieses Jahres in Berlin vermehrt Anschläge auf hochwertige Kraftfahrzeuge zu verzeichnen. Die Straftat reihe sich ein in eine Serie gegen sogenannte „Bonzen-Autos“ und Gewaltakte im Zusammenhang mit Olympia 2000. adn/BM

Mottenpost 24.10.

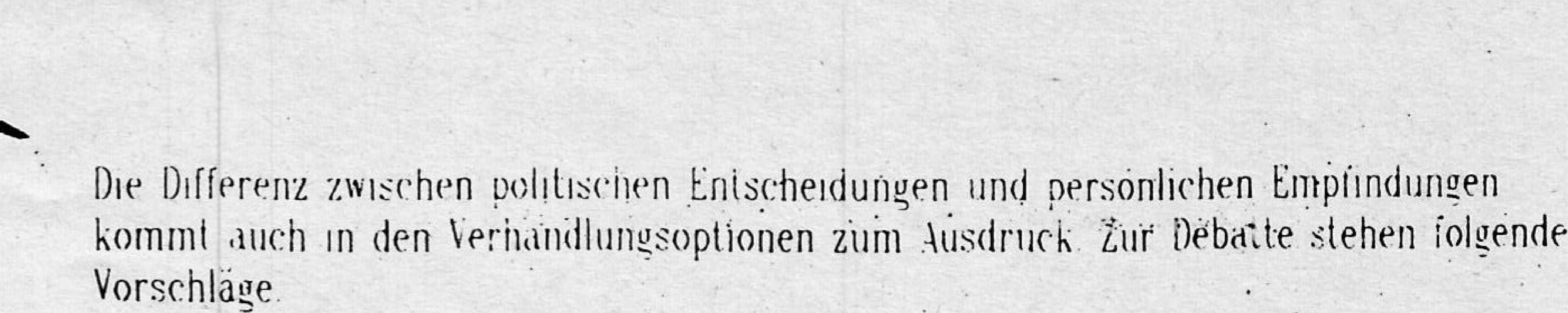
Politisch motivierter Anschlag in Fulda?

FULDA. Bisher unbekannte Täter haben in den frühen Morgenstunden des Freitag auf das Auto des Kreisvorsitzenden der „Republikaner“ einen Brandanschlag verübt. Wie die Kriminalpolizei Fulda berichtete, hätten zwischen drei und vier Uhr der oder die Täter vermutlich eine Seitenscheibe des Personenwagens eingeschlagen und Kraftstoff in den Innenraum geschüttet. Der Sachschaden an dem ausgebrannten Wagen beträgt 36 000 Mark. Außerdem sei auf das Tor der Garage mit heller Farbe die Parole „Nazi verrecke“ aufgesprüht worden. Bereits vor zehn Tagen hatten unbekannte Täter auf dasselbe Fahrzeug einen Anschlag versucht. gwa

FR 23.10.



VON DER SCHWIERIGKEIT, KOMPROMISSE EINZUGEHEN



Am 18.10 haben wir das Haus KOLLWITZSRAßE 89 zum dritten Mal besetzt. Im Unterschied zu den ersten beiden Aktionen ging es diesmal nicht nur darum, mediale Öffentlichkeit zu schaffen, sondern drin zu bleiben. Diese Konsequenz resultierte sowohl aus der neuen Zusammensetzung der BesetzerInnengruppe als auch aus einer spezifischen inhaltlichen Einschätzung.
Das Ziel der ersten beiden Besetzungen - Aufmerksamkeit für die anstehende Umstrukturierung im Prenzelberg am konkreten Beispiel zu erlangen - wurde erreicht. Der weitergehende Anspruch, Anstoß für den Widerstand im Kiez zu geben, konnte jedoch [redacted] über symbolisch vermittelte, prominenzüberladene, sich als außschließlich öffentlich angelegte Handlungen nicht umgesetzt werden.

Ausgehend von den Entwicklungen im Aktionsbündnis W.B.A. (der sich nach der ersten Besetzung konstituierte, und sich seit dem als ein Motor des Widerstandes im Stadtteil versteht) und unseren Erfahrungen aus den Kiezversammlungen dachten wir, daß es möglich und nötig ist, statt allgemeiner Beschwörung der Gefahr konkretes sich-wehren erlebbar zu machen. Für uns war es deshalb wichtig, dies gerade am - in seiner Symbolkraft für die Vertreibung bekannten - Haus KOLLE89 zu demonstrieren.
Das persönliche Interesse (gemeinsame Wohnperspektive in hellen, großen Räumen) traf sich dabei scheinbar mit der politischen Zielstellung. Die Konflikte, die sich aus diesem Doppelcharakter der Besetzung ergaben, waren uns vorher allerdings nicht klar genug. Denn gerade weil politischer Zweck und subjektive Motivation für uns in einem engen Zusammenhang standen, stellte sich heraus, daß von uns getroffene Entscheidungen zu persönlichen Entäuschungen führten.

etwas konkreter

Nach dem Zusammentreffen des "Runden Tisches" ließen wir uns auf einen Kompromiß ein. Wir zwangen die Eigentümer an den Verhandlungstisch, setzten jedoch als - von ihnen zur Bedingung gemachten - "Gegenleistung" die Besetzung aus. Obwohl uns diese Entscheidung nicht leicht fiel (wir mußten sie kurzfristig treffen, und waren uns nicht über alle Konsequenzen im klaren), schien sie uns die einzig mögliche, um politisches Handeln offen zu halten.
Auf eine polizeiliche Räumung sollten wir uns aus folgenden Gründen nicht einlassen. Wir hätten uns zwar schulterklopfend und "ehrenvoll" zurückziehen können, aber auf keinen Fall erreicht, ein Zeichen für machbaren und erfolgreichen Widerstand zu setzen. Jetzt sind ersteinmal die Eigentümer im Zugzwang (auch wenn wir uns im klaren sind, das es sich um ausgebuffte Profis handelt, die sich nicht so schnell über den Tisch ziehen lassen werden) und uns bleibt die Möglichkeit offen, beim Scheitern der Gespräche die Besetzung wieder aufzunehmen.
Abgesehen davon wäre eine Verteidigung des Hauses auch an der mangelnden Mobilisierung gescheitert und in seiner - von uns nicht voraussehbaren - Wirkung im Kiez so auch nicht gewollt gewesen.

Die Differenz zwischen politischen Entscheidungen und persönlichen Empfindungen kommt auch in den Verhandlungsoptionen zum Ausdruck. Zur Debatte stehen folgende Vorschläge.
1. Grundinstandsetzung mit öffentlichen Mitteln zum Zwecke der sofortigen Wiedervermietung
2. Nutzungsvertrag zwischen den Eigentümern und einem freien Träger, der dann seinerseits untervermietet.
3. Anmietung durch das Bezirksamt, um im Haus obdachlose BürgerInnen unterzubringen.
4. Beschlagnahme durch das Sozialamt zum selben Zweck.
5. Ankauf des Hauses durch einen Träger, um so die Wiedervermietung zu erreichen.

Als BesetzerInnen sind wir also nur im zwieten und schemenhaft im fünften Punkt präsent und könnten selbst in das Haus einziehen. (Merke also, willst du bleiben in dem Haus, dann gehe besser nicht hinaus!)
Die anderen Vorschläge zielen auf Abmachungen zwischen dem Bezirksamt, Sozialstadtrat mit den Eigentümern ab, gegen deren Realisierung uns eine politische Argumentation schwer fallen würde. Eine Grundinstandsetzung würde das Hotelprojekt der Eigentümer endgültig vom Tisch fegen, und auch eine Privat-/Luxussanierung auf lange Zeit unmöglich machen.
Das Insistieren auf unseren Einzug würde im Falle der Beschlagnahme für Obdachlose zu einem von uns nicht gewollten gegenseitigen Ausspielen von verschiedenen Betroffenheiten führen. Aber auch aus anderen Gründen erscheint uns eine Beschlagnahme fragwürdig: An der Situation für die Eigentümer änderte sich durch derart "befristete Mietverträge" (das Sozialamt als Hintertür für befristete Verträge) nichts. Schließlich können sie die Abmachung mit dem Sozialamt (z.B. bei positiven Gerichtsbescheid für das Hotelprojekt) lösen. Andererseits könnten wir uns schwer mit den Status einer "Besetzercombo" anfreunden, die in Stellvertreterkämpfen Gleichsam verschleist, ohne die Richtigen auch wirklich zu treffen, oder auch nur ein Quentchen des eigenen Glückes zu schmieden...

Am 4.11. findet nun die zweite Verhandlung mit den Eigentümern statt. Bis dahin werden wir uns durch stete öffentliche Aktionen (z.B. Kiezspaziergänge mit strikter thematischer Anbindung an die KOLLE 89) wie durch unser Auftreten bei den Verhandlungen eine Situation schaffen, die klarstellt, wenn über die KOLLE 89 verhandelt wird, muß auch von den BesetzerInnen gesprochen werden (und mit ihnen natürlich!)

WOHNRAUM ERHALTEN - WOHNRAUM ERHANDELN - WOHNRAUM ERKÄMPFEN

besetzerInnen der KOLLE 89

Amtsgericht Charlottenburg schmetterte Räumungsklage von Immobilienfirma ab:

Westberlins letzte Hausbesetzer dürfen bleiben

Großer Jubel gestern bei Westberlins letzten Hausbesetzern in der Marchstraße Ecke Einsteinufer. Das Amtsgericht Charlottenburg schmetterte nach nur halbstündiger Verhandlung die zivile Räumungklage der Eigentümerfirma Hennnig, van Harlessem & Co gegen zwanzig Bewohner des Einsteinufers 41 ab. Die jungen Leute, die den Häuserkomplex an der Technischen Universität vor über drei Jahren im März 1989 besetzt hatten, können vorerst dort wohnen bleiben.

Mit dem glücklichen Prozeßausgang hatten selbst die Rechtsanwälte der Besetzer nicht gerechnet. Zu Beginn war die Atmosphäre im Amtsgericht sogar sehr angespannt. Die Polizei war mit einer ganzen Hundertschaft präsent, alle Besucher und Journalisten wurden von oben bis unten gefilzt. Selbst im Gerichtssaal postierten sich drei stämmige Gerichtsdiener.

Amtsrichter Hüfner kam jedoch schnell zur Sache. Er ließ die Besetzer und deren Rechtsanwälte links liegen und bombardierte statt dessen den Anwalt der Immobilienfirma mit Fragen. Unverständnis äußerte Hüfner insbesondere darüber, daß die Henning, van Harlessem & Co. GmbH ihren ersten, im April 1989 gestellten Räumungsantrag sehr schnell wieder zurückzog, zwanzig Monate später aber einen erneuten Versuch unternahm. „Die Besetzung wurde in der Zwischenzeit von Ihnen geduldet", hielt der Richter dem Vertreter der Immobilienfirma unter die Nase. Damit folgte er der im Prozeß verlesenen Auffassung von Landespolizeidirektor Kittlaus, der aus dem selben Grund eine polizeiliche Räumung abgelehnt hatte. Zwischen Immobilienfirma und Besetzern bestehe ein Nutzungsverhältnis, das nicht fristlos gekündigt werden könne, befand Hüfner.

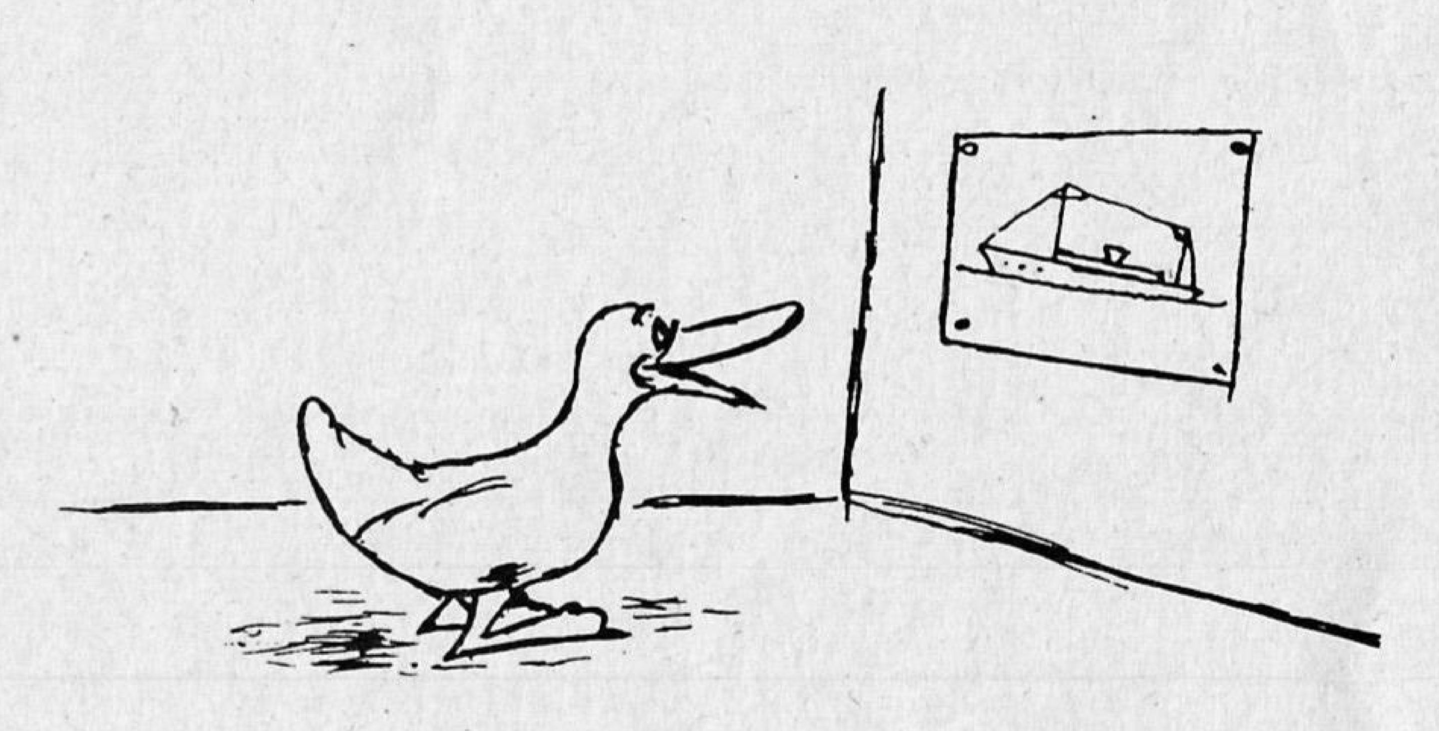
Ganz aufatmen können Westberlins letzte Hausbesetzer allerdings noch nicht. Die Räumungsklagen gegen die Bewohner des Gebäudeteils Marchstraße 23 stehen noch aus und werden von einem anderen Richter am 6. November verhandelt. Zudem kündigte der Rechtsanwalt der Eigentümerfirma an, gegen das Urteil von Amtsrichter Hüfner Berufung einzulegen.

MICHA SCHULZE

_arschlecken!!

"Ganz aufatmen" können wir allerdings gar nicht. Auch wenn die zweite Klage vom gleichen Richter verhandelt wird und der Termin am 6.11. verschoben wurde, wird HvH natürlich alle Hebel in Bewegung setzen, um uns rauszukriegen. Das versucht er wahrscheinlich gleich an mehreren Fronten: sowohl über die Justiz (Berufung) als auch über Kungeleien mit Heckelmann und Saberschinsky. Einen langen Atem brauchen wir und daß die Teilnahme an den Demos zum Berufungsprozeß und zum Marchstr. 23-Prozeß noch höher ist als bei der phantasievollen Kundgebung vor dem Amtsgericht am letzten Mittwoch. Die angekündigte Kundgebung am 6.11. fällt aus.

Eure BesetzerInnen der Marchstr./1st1ufer



ente, in Betrachtung einer Jacht versunken



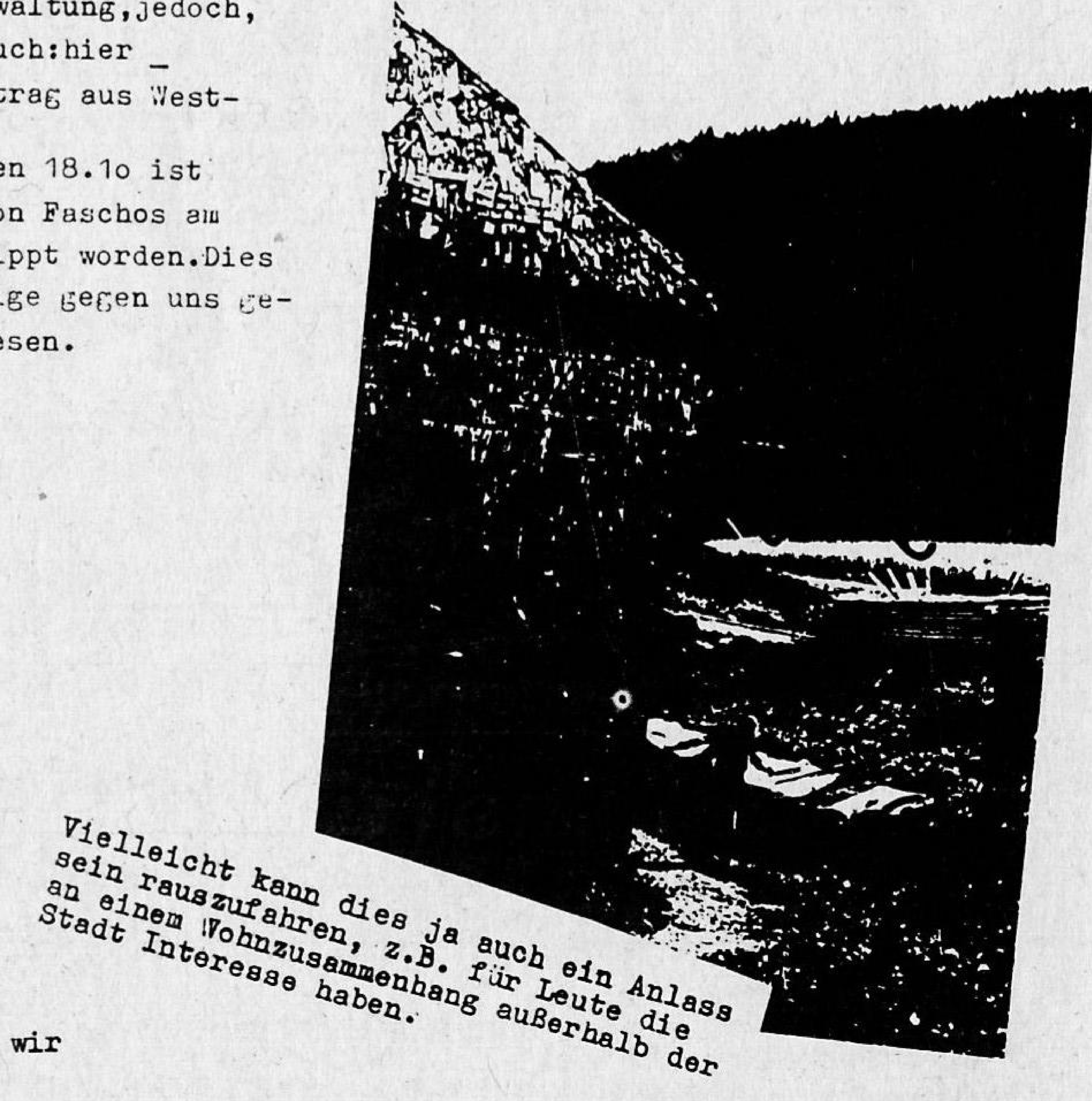
à-burg

A-Burg besetzt /
Seit dem 15.9.92 bewohnen wir in Werneuchen die ehemalige AssiBurg in der Wegendorfer Str. 1 / Das Haus ist noch unter Stadtverwaltung, jedoch, wie bei vielen anderen Häusern auch: hier – es läuft ein Rückübereignungs-Antrag aus West-Deutschl..

In der Nacht Sa/So den 18.1o ist uns wahrscheinlich von Faschos am Haus eine Ente umgekippt worden. Dies ist bislang der einzige gegen uns gerichtete Vorfall gewesen.

Am Mittwoch den 21.1o tauchte hier frühmorgens der zuständige Amtsdirektor Grabsch mit Bullen auf, um uns zu drohen. Wir sollten bis 18Uhr draußen sein, ansonsten erstatte er Anzeige.
Die Bullen wollten am Abend wiederkommen; seit dem hat sich aber nicht viel getan, außer das uns am nächsten Morgen wahrscheinlich von Bullen ein Transpi geklaut wurde. Am Freitag kam noch mal ein Bulle, um mit Einer Hausfriedensbruchanzeige zu drohen....

Wir sind bis jetzt leider erst zu viert, zuzüglich zwei Hunden und einem Kater chen ; wir stehen weiteren Leuten mit Ideen offen gegenüber !!



Vielleicht kann dies ja auch ein Anlass sein rauszufahren, z.B. für Leute die an einem Wohnzusammenhang außerhalb der Stadt Interesse haben.

Am Freitag den 3o.1o eröffnen wir ab 21 UHR im Keller die "B U R G- SCHÄNKE" die Samstags ab 21 uhr u. Montags ab 16 uhr geöffnet sein soll.

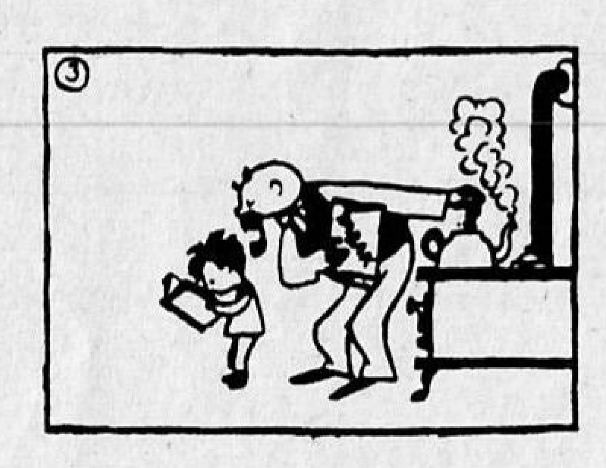


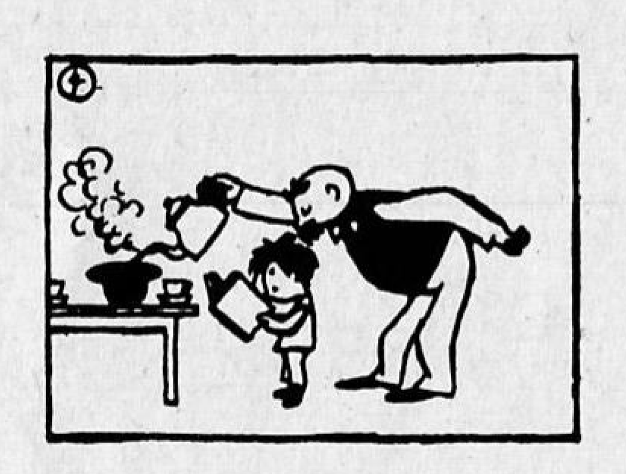


Die letzten Monate sind gekennzeichnet durch die verstärkte Diskussion um eine "neue" Bestimmung von revolutionärer linker Politik. Von der Absage an den bewaffneten Kampf bis zur "vorübergehenden" Einstellung bewaffneter Aktionen, von der Infragestellung internationalistischer Politik bis zur Suche nach dem "neuen" revolutionären Subjekt in der Gestalt des Flüchtlings, wird definiert und bestimmt, was Politik zu sein hat. So wird in diversen Papieren gesucht nach dem "neuen" Ansatz revolutionärer Politik. Vieles ist neu, und doch bleibt vieles beim Alten. Wir wollen mit diesem Text eingreifen. Eingreifen in die aktuelle Diskussion. Eingreifen als ein Zusammenhang von Männern aus der militanten Linken, die sich aber nach wie vor und zur Hauptsache in gemischten Gruppierungen bewegen. Warum wir uns als Zusammenhang von Männern definieren, sollte am Schluss dieses Textes ersichtlich sein.

Zum Beginn wollen wir aber auf den zentralen Punkt eingehen, welcher unser Politikverständnis in Theorie und Praxis in den letzten Jahren immer mehr bestimmte:

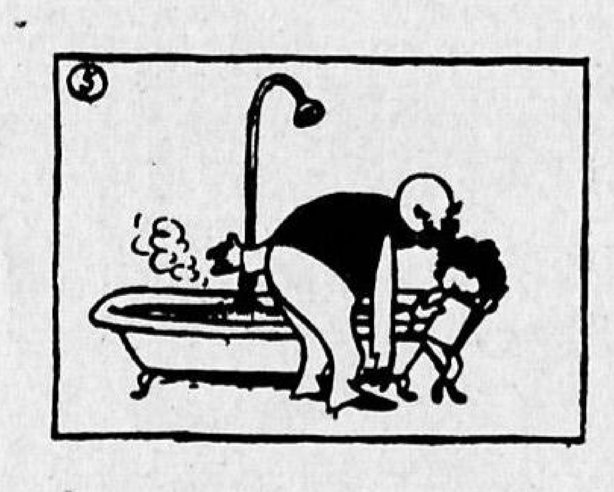
das gewaltverhältnis zwischen den geschlechtern.



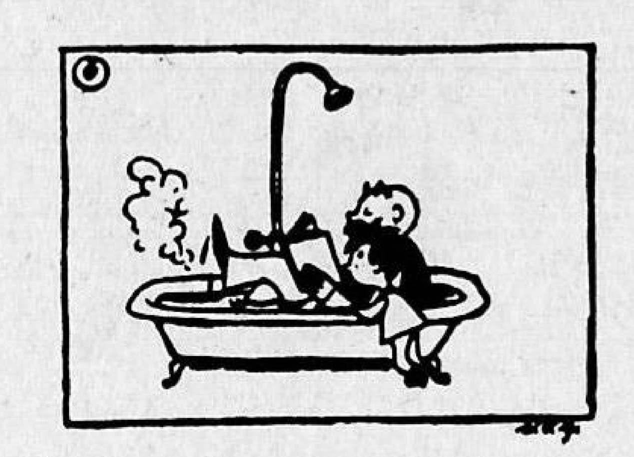


In der ganzen Auseinandersetzung um die weitere Perspektive revolutionärer Politik scheint diese Frage kaum oder gar keine Bedeutung zu haben. Bei der RAF suchen wir in den neuesten Papieren vergeblich nach diesem Antagonismus. Einzig im Zusammenhang von "steigender Gewalt" in der Gesellschaft wird die Existenz von Frauen erkennbar, als Opfer, die von Lesben konkret im Kontext von Naziterror. Bei der RZ ist es schon mal anders. Während eine Ex- RZ in ihrem Auflösungspapier die verpasste Chance beklagt: "(...) Historisch gesehen hätten wir vielleicht einen emanzipatorischen Beitrag zur Patriarchatsdiskussion leisten können, wenn es uns gelungen wäre, mit den Frauen der Roten Zora eine gemeinsame Politik zu entwickeln, anstatt ihnen durch unsere Ansichten und unser Verhalten die Trennung von uns nahe zu legen. Aber das ist eine andere Geschichte (wieso eine Andere? d.S.)." (RZ Jan. 92). Eine weitere RZ im Mai 92: "(...) Wir begeben uns bewusst und sehenden Auges in einen Prozess, dessen erklärtes Ziel die Verunsicherung und Demontage männlich dominierten Denkens und Handelns ist (...)". Wir stimmen mit dieser letzten Feststellung überein, müssen aber sogleich zur Kenntnis nehmen, dass es bei der RZ erstmal dabei bleibt.

Auch die weiteren Papiere sind bestimmt von diesem "Auslassen der Gewaltfrage zwischen den Geschlechtern". Die Ausnahme, wie sollte es auch anders sein, bilden Papiere, welche klar als von Frauen geschrieben erkannt werden können. Nach wie vor scheint die Auseinandersetzung um Patriarchat und Gewalt unter revolutionären Männern, wenn überhaupt, vor allem im "privaten" Beziehungsbereich stattzufinden. Im "politischen" Alltag findet sie ihren rhetorischen Niederschlag bestenfalls in der Parole "Kampf dem Patriarchat."



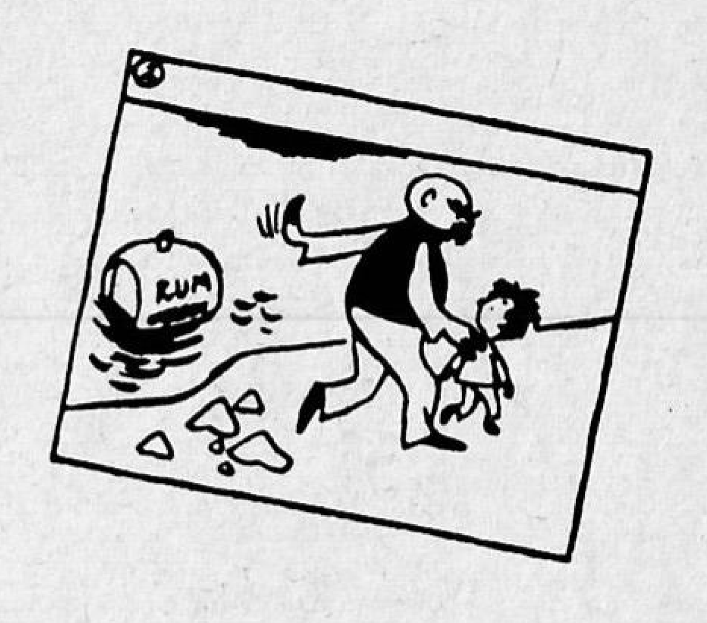
Es soll ein Ziel dieses Textes sein, die Trennung zwischen politisch und privat auch in diesem Bereich aufzuheben und darüber den revolutionären Prozess unter Männern voranzutreiben.



Die historischen Grundlagen für unsere Auseinandersetzung und unsere Schlussfolgerungen bewegen sich im zeitlichen Rahmen von der grossen europaweiten "Hexen"Vernichtung über die bürgerliche Revolution zur frühen und zur aktuellen sozialistischen und kommunistischen Bewegung.

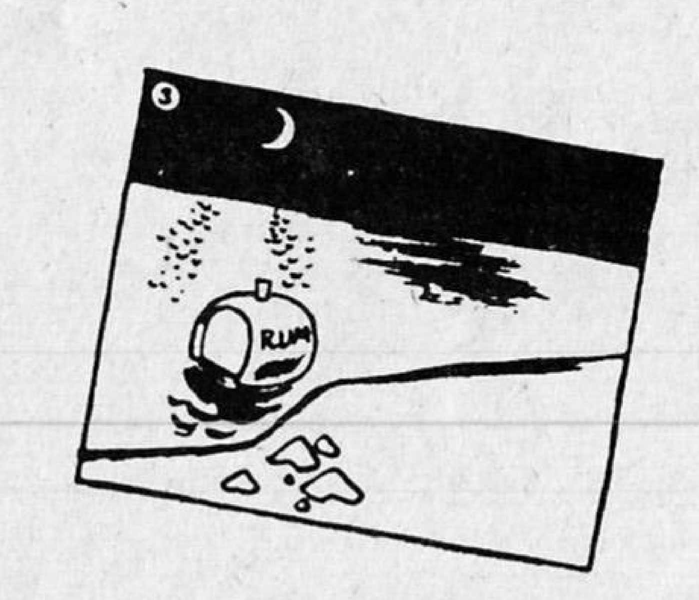
In diesem Text wird viel von einem "proletarischen" bzw. "marxistisch- leninistischen" Verständnis die Rede sein. Wir verwenden diese Begrifflichkeit, weil wir davon ausgehen, dass sie uns in unserem Widerstand massgeblich geprägt hat und weitershin prägt. Das hängt damit zusammen, dass sie vor allem von Männern entwickelt wurde und sich immer, ob bewusst oder unbewusst in unserer Herangehensweise reproduzierte. Beide Begriffe, "proletarisch" und "marxistisch-leninistisch" stehen für einen offenen bzw. verdeckten Führungsanspruch der weissen, männlichen Linken. Es geht uns keineswegs darum, den Marxismus auf den "Müllhaufen der Geschichte" zu werfen. Vielmehr soll es darum gehen, ein neues Verhältnis zu seiner Begrifflichkeit zu bestimmen. Dies setzt jedoch voraus, dass wir unsere Praxis -und nicht nur die Unsrige- erweitert begreifen. Nur so kann es uns gelingen, unsere Stellung als weisse metropolitane Männer im weltweiten revolutionären Prozess genauer zu bestimmen. Dies wiederum ist ein Prozess von Theorie und Praxis, eine **Gratwanderung zwischen subjektiver und objektiver Stellung im antipatriarchalen Kampf.**



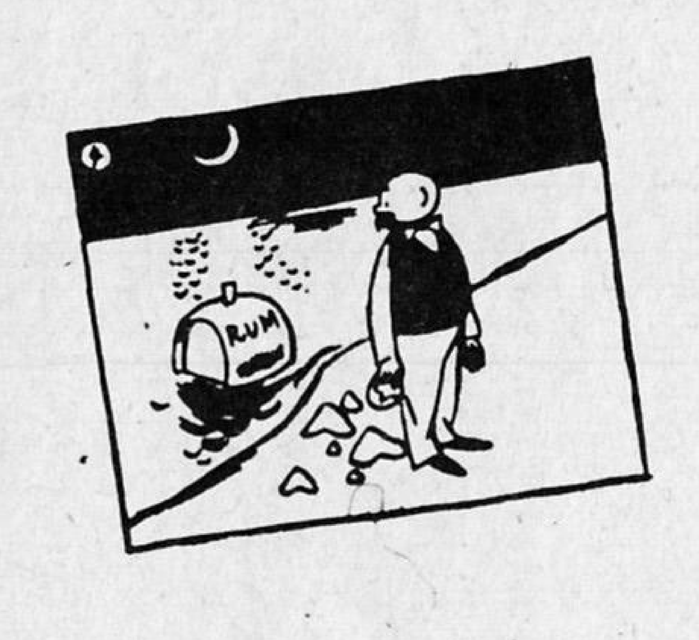


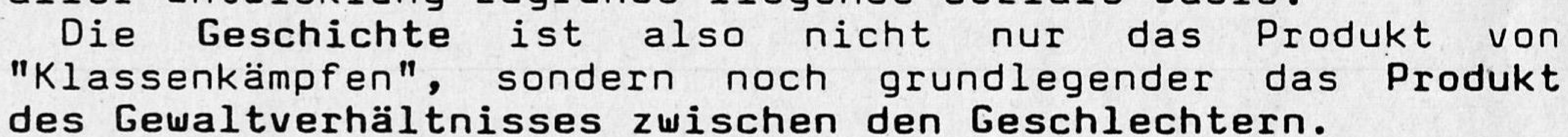
Um unsere Ausgangslage näher darzulegen, bedarf es noch einiger Klärungspunkte:

Wir bezeichnen das aktuelle, weltweite und alles durchdringende Herrschaftsverhältnis als **imperialistisches Patriarchat.** Wir haben diesen Begriff von den Feministinnen übernommen. Patriarchat verstehen wir als politischen und ökonomischen Begriff. Er gründet im Wesentlichen auf dem Männermonopol über die weibliche Fruchtbarkeit und Sexualität, der Anwendung aller Formen von Gewalt gegen Frauen, der Ueberausbeutung der umfassenden materiellen Produktion und Reproduktion der Frau und den dazu erforderlichen Ideologien.



Wir sind der Auffassung, dass die ökonomische Ausbeutung ein grundlegendes Element aller historischen Formationen des Patriarchats ist. Sie hat, besonders seit dem Aufkommen des bürgerlichen Patriarchats, die gewaltige Ausdehnung der technisch- industriellen Produktivkräfte hervorgebracht. Doch im Verlauf der verschiedenen historischen Epochen blieb das Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern die aller Entwicklung zugrunde liegende soziale Basis.





Die **Geschichte** ist also nicht nur das Produkt von "Klassenkämpfen", sondern noch grundlegender das **Produkt des Gewaltverhältnisses zwischen den Geschlechtern.**

Wir verwenden den Begriff des "Gewaltverhältnisses", weil er unserer Meinung nach das umfassenden Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnis dem Frauen im Patriarchat unterworfen sind, adäquater widergibt, als die kaum entwickelte marxistische Kategorie der "ersten Klassenspaltung". Diese nimmt eine "natürliche" Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zu ihrer Grundlage und besiegelt mit dem Umweg über Eigentums- und Klassenbildung den Nebenwiderspruchs- Charakter des Geschlechter- Verhältnisses im historischen Prozess.



Aus diesen Ueberlegungen folgt für uns, dass "Imperialismus", "Kapitalismus", wie auch der (nicht mehr) "realexistierende Sozialismus" **epochale Erscheinungsformen des Patriarchats** sind. Sie sind zeitbedingte Idealform der Herrschaftssicherung des Patriarchats, innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Situation des jeweiligen historischen Prozesses.

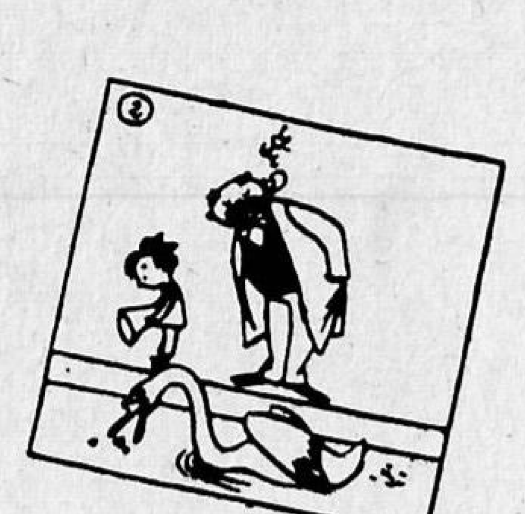
Kapitalismus, Imperialismus, Sexismus und Rassismus bezeichnen somit ökonomische, politische, soziale und strukturelle Erscheinungsformen einer bestimmten Entwicklungsstufe des Patriarchats. Allesamt materielle Gewalt im weitesten Sinn, reproduzieren sie in ihrer Wechselbeziehung die Herrschaftsansprüche des Patriarchats.



Die entstellte Geschichte

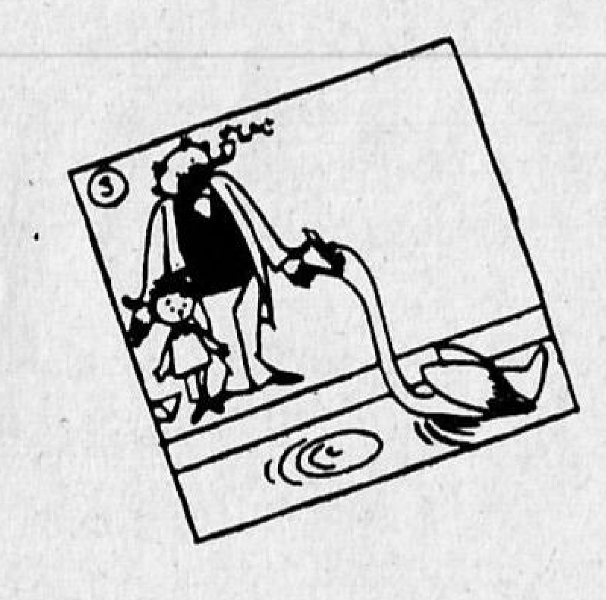


Das Interesse jeder Herrschaft, die von ihr produzierten Gewaltverhältnisse zu kaschieren, dürfte auf der Hand liegen. So machen wir uns vergeblich auf den Weg, in der patriarchalen Geschichtsschreibung die Spuren des Geschlechterkampfes zu suchen. Auch die linke, klassenkämpferische Geschichtsschreibung widerspiegelt diese patriarchale Sichtweise. Nehmen wir also unseren Anspruch als linke revolutionäre Männer wahr und machen uns auf die Suche nach der von Frauen und ihren Kämpfen bestimmte Geschichte, so werden wir feststellen, dass diese Geschichte entstellt ist durch Vereinnahmungs- und Einebnungsversuche von Männern in ihren verschiedensten Ausdrucksformen. Dies haben die kämpfenden Frauen selbst vielfältig dokumentiert. Konstant wurden und werden Frauenkämpfe, die massgebliche Beteiligung und Bestimmung von Frauen in sozialen Kämpfen, in ihrer Bedeutung herabgesetzt, totgeschwiegen oder- was nur eine andere Facette ist- auf das eigene, männliche Kampfkonto gebucht, als Kämpfe des Proletariats.





All Jenen, die vor der Autonomie der Frauen warnten und sie verunglimpften, sass immer die Angst vor dem eigenen Hegemonieverlust im Nacken. Der linke männliche Hegemonieanspruchs drückt sich in den verschiedensten Verleumdungsversuchen aus: vom "(klein-) bürgerlichen Feminismus" zum Reformismus- Vorwurf, von der "Dogmatismus-" bis zur "Spaltungs-" These. Gestützt auf den Klassen-Antagonismus sollen sie dazu dienen, Frauenkämpfe, die sich nicht in diesem Selbstverständnis bewegen, als konterrevolutionär hinzustellen. Der grosse Teil der Kämpfe von Frauen wurde und wird hingegen unter das grosse **Dach der Gleichheit** subsummiert. Am Masstab des ökonomischen Kampfes zwischen unten und oben, zwischen "Proletariat" und "Bourgeoisie" setzen alle Bemühungen an, die Einheit zwischen Klassenkampf und Frauenkampf herbeizureden und die "korrekte" Zuordnung von Haupt- und Nebenwiderspruch politisch zu bestimmen.

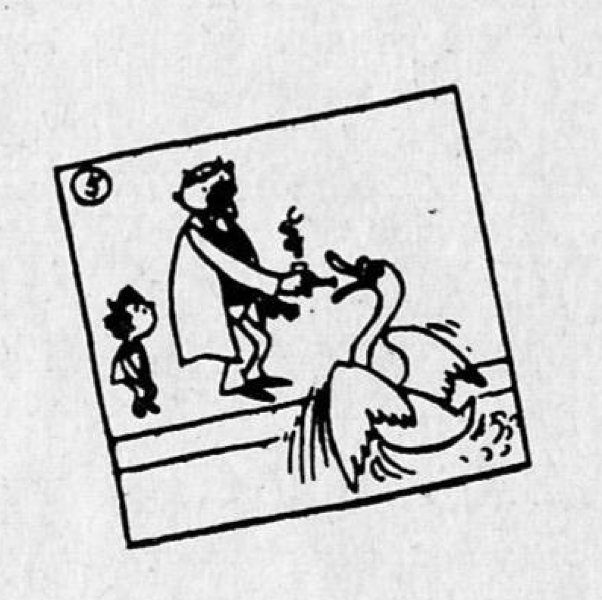


Die Geschichte in groben Zügen



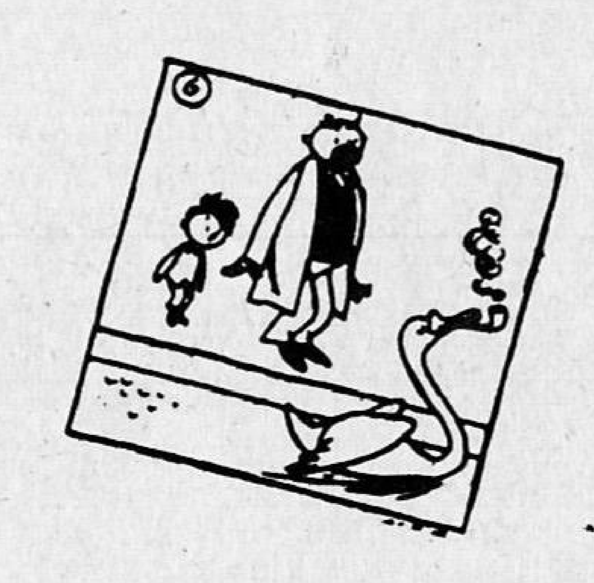
"...Die Hexenverfolgung, die den Aufstieg des Bürgertums begleitete, (...) diente als Instrument zur Niederschlagung dieser latenten und gelegentlich akuten Revolte der unbotmässigen Weiber. Nach der Ermordung von (je nach Schätzung) neun bie 30 Millionen Frauen (...)". "Die bürgerliche Revolution liquidierte den Rest an überlebender weiblicher Unbotmässigkeit. Marie Antoinette wurde der Kopf nicht nur abgeschlagen, weil sie Königin war (...). Lange vor ihrer Enthauptung wurde von den männlichen Revolutionären eine Kampagne angezettelt, in der die Königin zum Inbegriff der Verkommenheit stilisiert wurde: nymphoman und lesbisch, ehebrecherisch und machthungrig. Die Patrioten diffarmierten sie überdies als Fremde, und last not least wurden ihr Beziehungen zu Giftmischerinnen, als Hexen, nachgesagt. Die Revolutionärin Olympe de Gouges ahnte den tieferen Sinn dieser Kampagne - auch sie wurde geköpft (...)."

Ingrid Strobl, Die Angst vor dem Frösteln der Freiheit



"(...) Wie überall, wo die Fortschrittlichsten unter den Männern den Ideen von Gleichheit der Geschlechter Beifall zollen, konnte ich auch bei den Diskussionen über die Frauenrechte feststellen, dass die Männer, unwillkürlich, durch die Macht der Gewohnheit und der alten Vorurteile, zwar so tun, als wollten sie uns beistehen, dass sie sich aber immer mit dem Anschein begnügen. Die politischen Rechte sind bereits gestorben (...)."

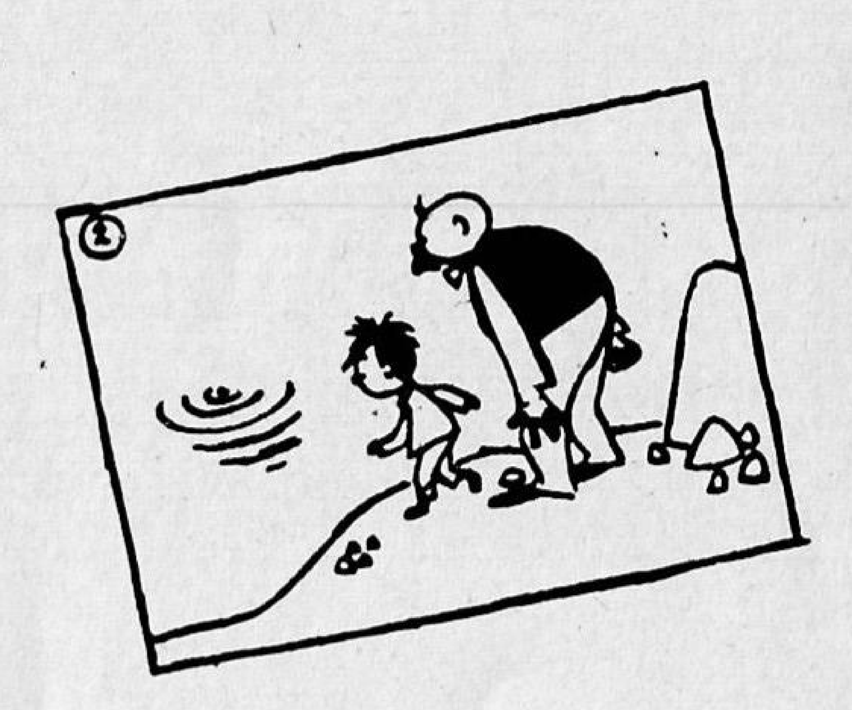
Louise Michel, Memoiren, 1886



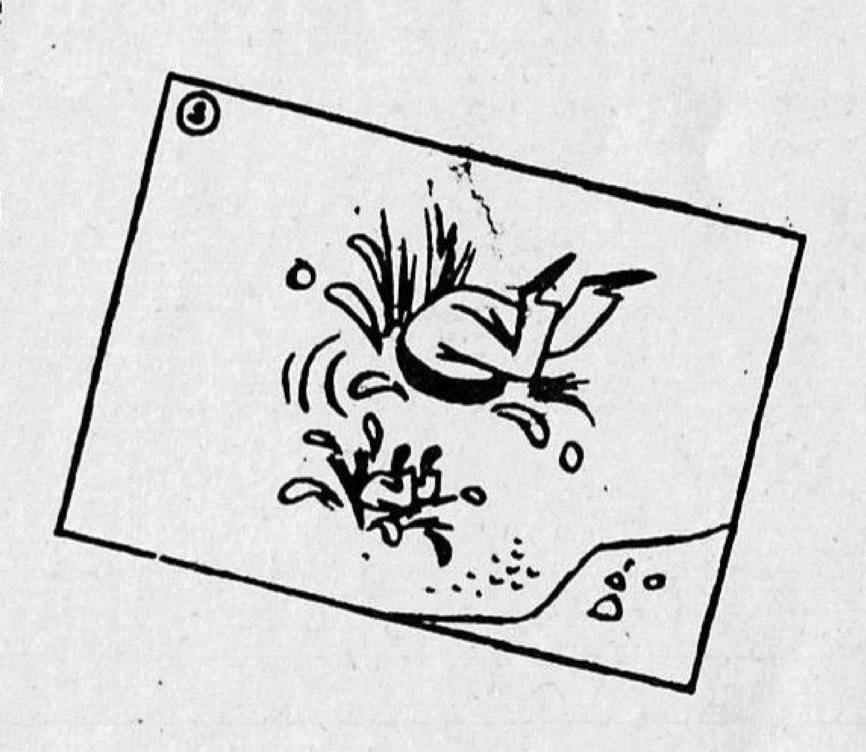


Diese Beispiele belegen die historische Kontinuität einer Praxis, die auch die Geschichte der aufkommenden Arbeiterbewegung wie ein roter Faden durchzieht.

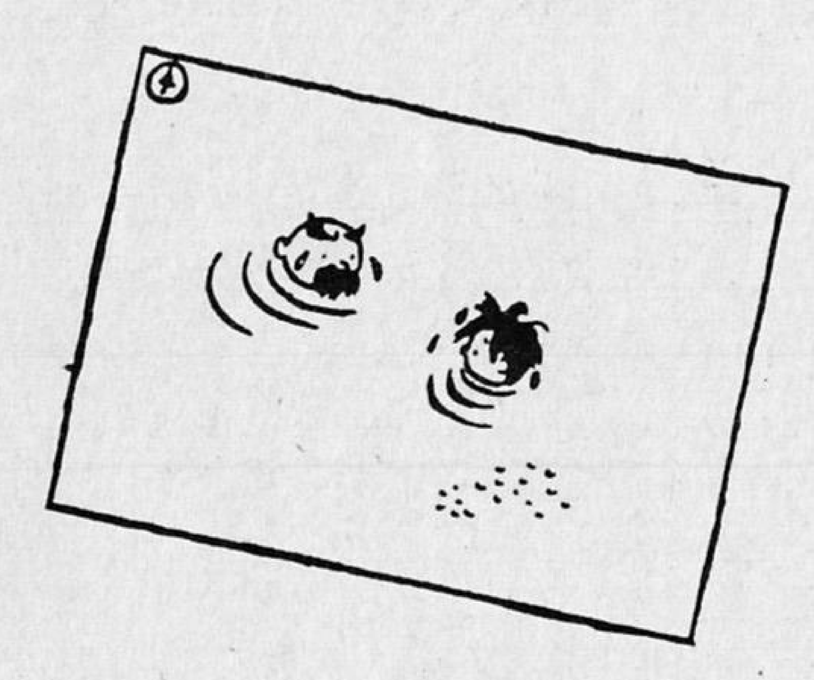
In ihrem ersten grossen Diktat schied die Arbeiterbewegung kraft ihres Klassenbegriffs die "bürgerliche" Frauenbewegung von den Forderungen und Kämpfen der Arbeiterinnen. In der Folge bemühte sie sich immer, die **"Frauenfrage"** zum **Teil der "Sozialen Frage"** zu deklarieren. Im ökonomischen und politischen Kampf gegen die Bourgeoisie seien Proletarier und Proletarierinnen gleich, weil sie, so Marx, **vor dem Kapital gleich, schlicht Arbeitsinstrumente** seien . Damals wie heute sollten die Variationen **männlicher Gleichheits- Vorstellungen** nicht hinterfragt werden.



"Gleichheit", "Brüderlichkeit" und "Einheit" werden als ideologische Kampfbegriffe vom Patriarchat verwendet, gegen alle Versuche von Frauen, ihre eigenen Machtansprüche zu stellen . Der Angriff stiess jedoch in der Geschichte immer von neuem an Grenzen, welche Frauen selber zogen. Die Folge waren neue oder veränderte Konzeptionen zur Absicherung der patriarchalen Macht, sowohl auf "proletarischer" wie auf "bürgerlicher" Seite.

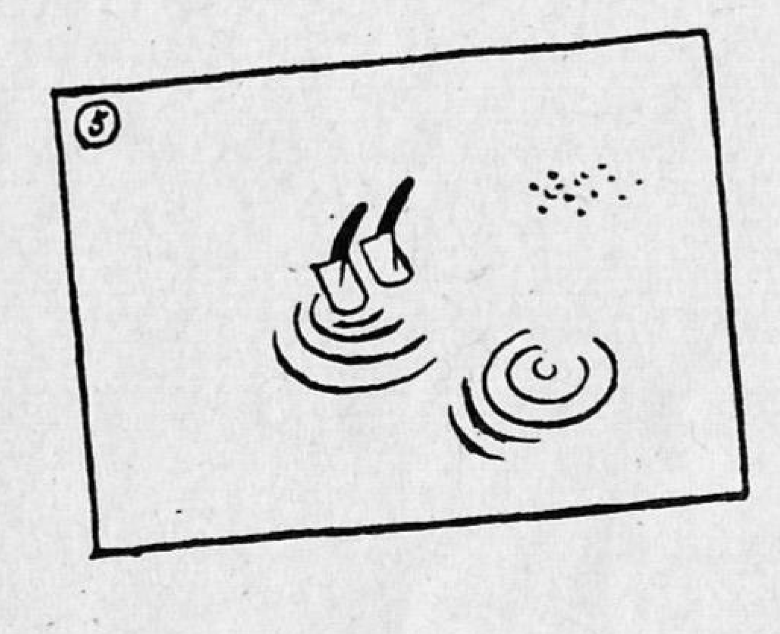


Die Forderung nach Rechtsgleichheit der Frauen (mit den Männern) fiel historisch mit der Behauptung der Gleichheit der Männer zusammen. (siehe Carla Lonzi, Wir pfeifen auf Hegel). Als rechtliches Prinzip erhob sich die Gleichheit über das existentielle Prinzip der Unterschiedlichkeit. Der Marxismus sah diese Forderung als nicht einlösbar in der "bürgerlichen" Gesellschaft. Deshalb sollte die völlige Gleichstellung der Frau als nachzuholende bürgerliche Forderung über ihre Eingliederung in die "gesellschaftliche" Produktion- die "grosse Industrie"- und später durch die Vergesellschaftung der Hauswirtschaft in der sozialistischen Gesellschaft herbeigeführt werden. (siehe Silvia Kontos, Die Partei steht wie ein Mann). Dieses Ziel konnte und sollte nach diesem Verständnis nur im gemeinsamen Kampf erreicht werden.

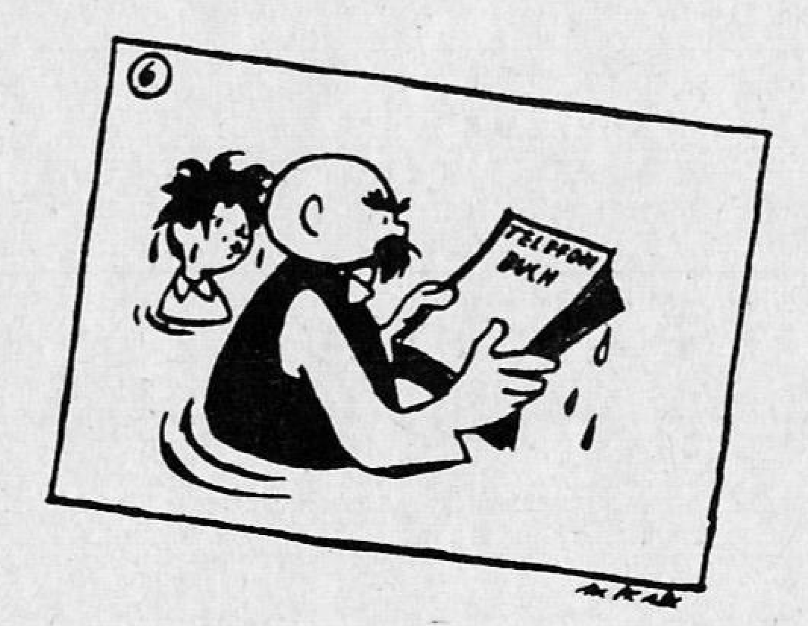


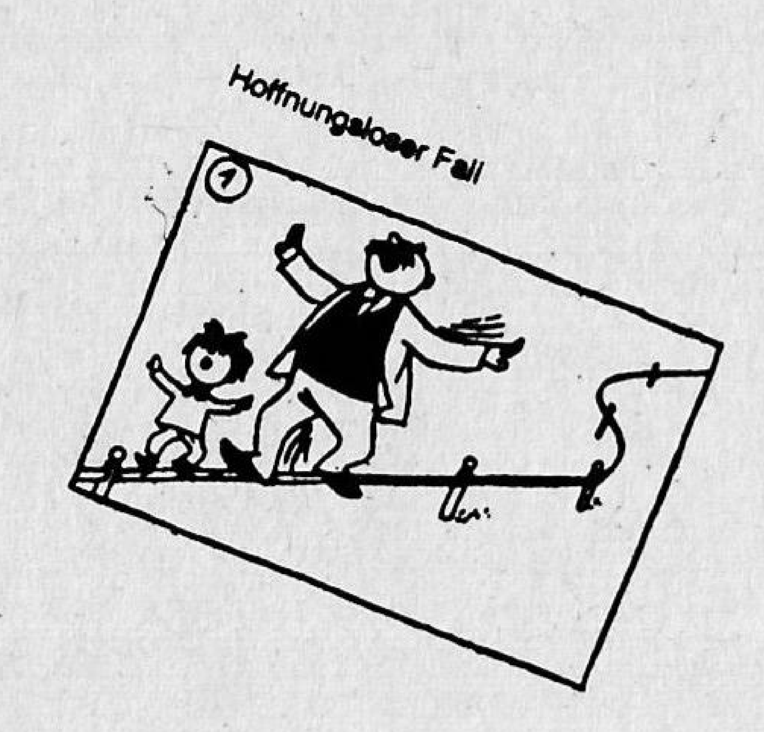
Marxismus und Feminismus

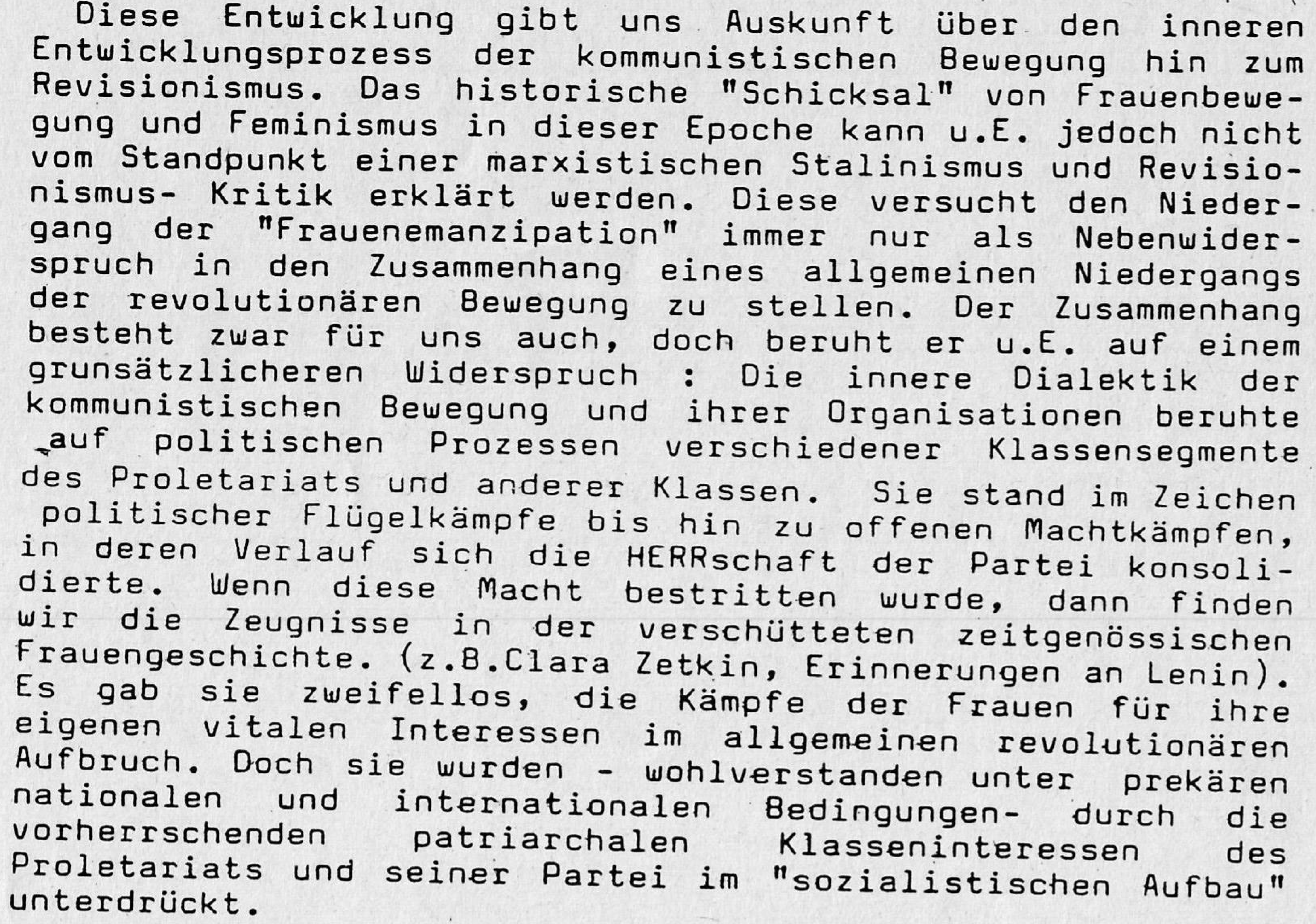
Wir wollen an dieser Stelle auf das Verhältnis zwischen den Geschlechtern zu sprechen kommen, im Sinne des politischen Verhältnisses zwischen Marxismus und Feminismus. Dazu eine Vorbemerkung: Was die Aufarbeitung der Geschichte der kommunistischen Bewegung betrifft, so gehört diese zum Erkenntnisprozess über ihre innere Widersprüchlichkeit, mit dem Ziel, ihren proletarisch- revolutionären Kern herauszuarbeiten. Was die Klärung ihres Verhältnisses zum Feminismus betrifft, muss hingegen die Universalität des proletarischen Revolutionsbegriffs selber hinterfragt werden.



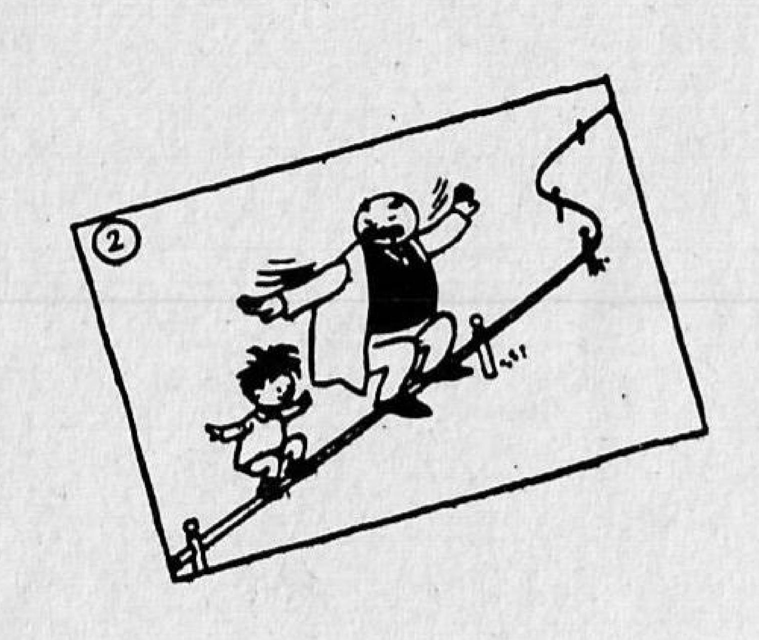
Wir möchten in diesem Zusammenhang an die Debatten der sozialistischen Parteien ausgangs des 19. Jahrhunderts erinnern: Von der sozialistischen Bewegung war der Feminismus lange Zeit zurückgewiesen worden. 1891 trat mit der Trennung von "marxistischem" und "bürgerlichem" Feminismus eine Wende in der Geschichte des Verhältnisses zwischen Marxismus und Feminismus ein. Es war der Beginn der marxistisch- feministischen Bewegung **innerhalb** der kommunistischen Bewegung. Bis zum Aufkommen des "Stalinismus" übte diese einen bedeutsamen Einfluss auf die Entwicklung des Feminismus aus. Der "Stalinismus" seinerseits erklärte sämtliche Klassenwidersprüche im "Sozialismus" für obsolet, löste 1930 die Frauenabteilungen auf und liess 1935 über die Komintern verlautbaren, dass es keine besondere "Frauenfrage" gäbe.



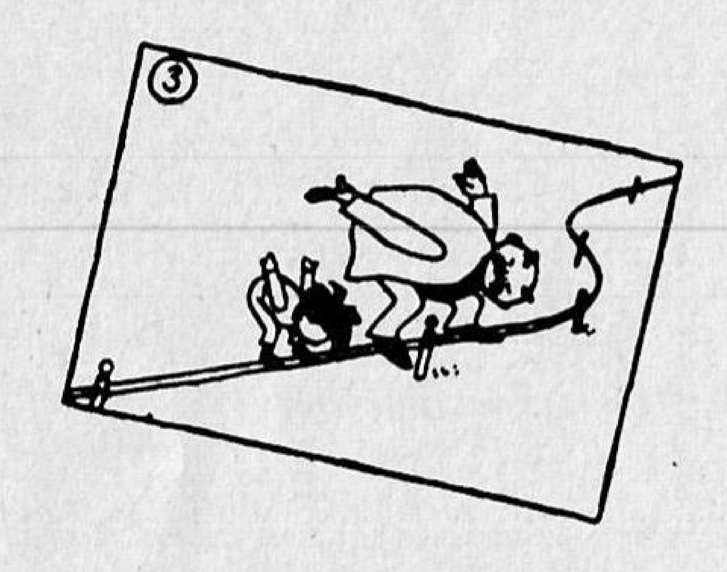




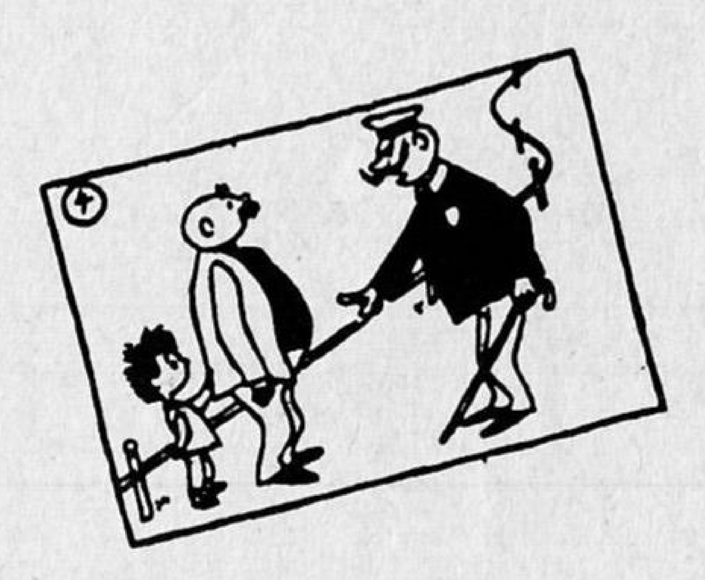
Diese Entwicklung gibt uns Auskunft über den inneren Entwicklungsprozess der kommunistischen Bewegung hin zum Revisionismus. Das historische "Schicksal" von Frauenbewegung und Feminismus in dieser Epoche kann u.E. jedoch nicht vom Standpunkt einer marxistischen Stalinismus und Revisionismus- Kritik erklärt werden. Diese versucht den Niedergang der "Frauenemanzipation" immer nur als Nebenwiderspruch in den Zusammenhang eines allgemeinen Niedergangs der revolutionären Bewegung zu stellen. Der Zusammenhang besteht zwar für uns auch, doch beruht er u.E. auf einem grunsätzlicheren Widerspruch : Die innere Dialektik der kommunistischen Bewegung und ihrer Organisationen beruhte auf politischen Prozessen verschiedener Klassensegmente des Proletariats und anderer Klassen. Sie stand im Zeichen politischer Flügelkämpfe bis hin zu offenen Machtkämpfen, in deren Verlauf sich die HERRschaft der Partei konsolidierte. Wenn diese Macht bestritten wurde, dann finden wir die Zeugnisse in der verschütteten zeitgenössischen Frauengeschichte. (z.B.Clara Zetkin, Erinnerungen an Lenin). Es gab sie zweifellos, die Kämpfe der Frauen für ihre eigenen vitalen Interessen im allgemeinen revolutionären Aufbruch. Doch sie wurden - wohlverstanden unter prekären nationalen und internationalen Bedingungen- durch die vorherrschenden patriarchalen Klasseninteressen des Proletariats und seiner Partei im "sozialistischen Aufbau" unterdrückt.



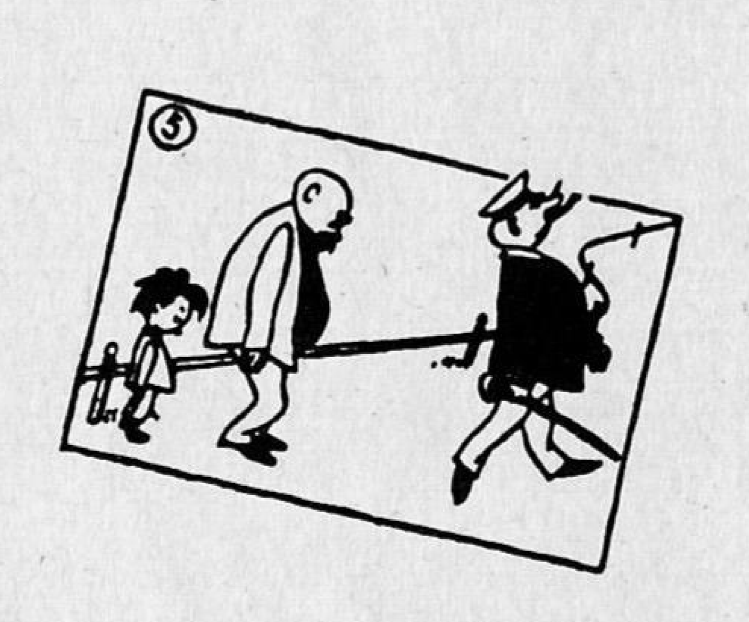
Wir beschränkten uns hier auf eine grobe Darstellung der historischen Entwicklung. Auf der einen Seite würde eine detaillierte Darstellung den Rahmen dieses Textes sprengen. Auf der andern Seite, und dies scheint uns noch wichtiger, sollte es auch darum gehen , sich als Männer im eigenen Zusammenhang diese historischen Erkenntnisse anzueignen. Soweit unsere Ausgangslage.

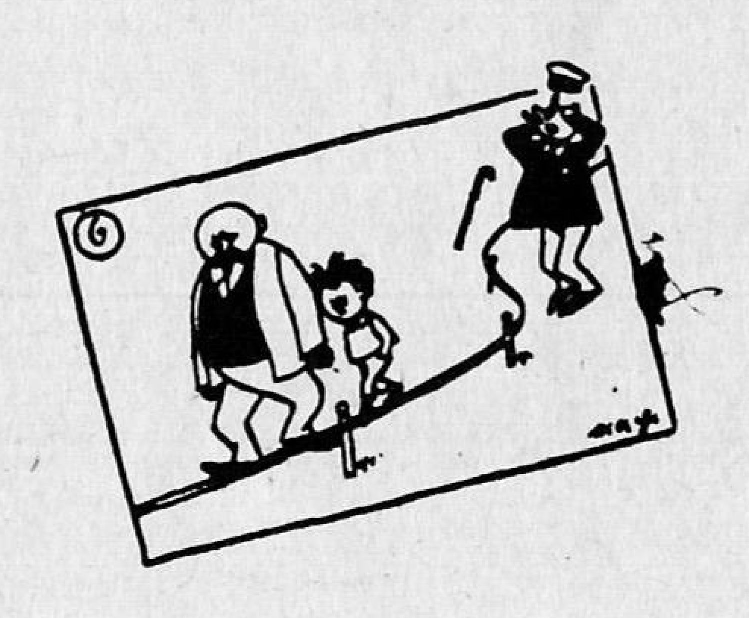


Ein Mann namens Marx sagte einmal: "Das Sein bestimmt das Bewusstsein."

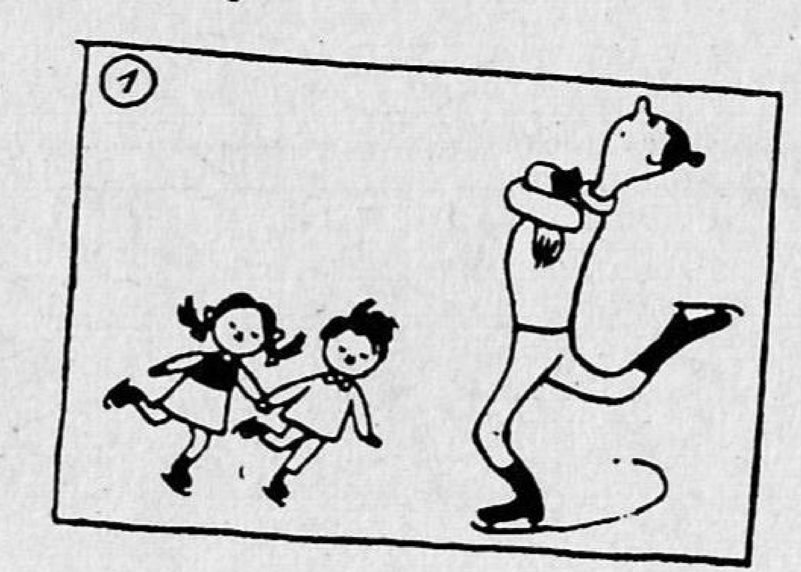


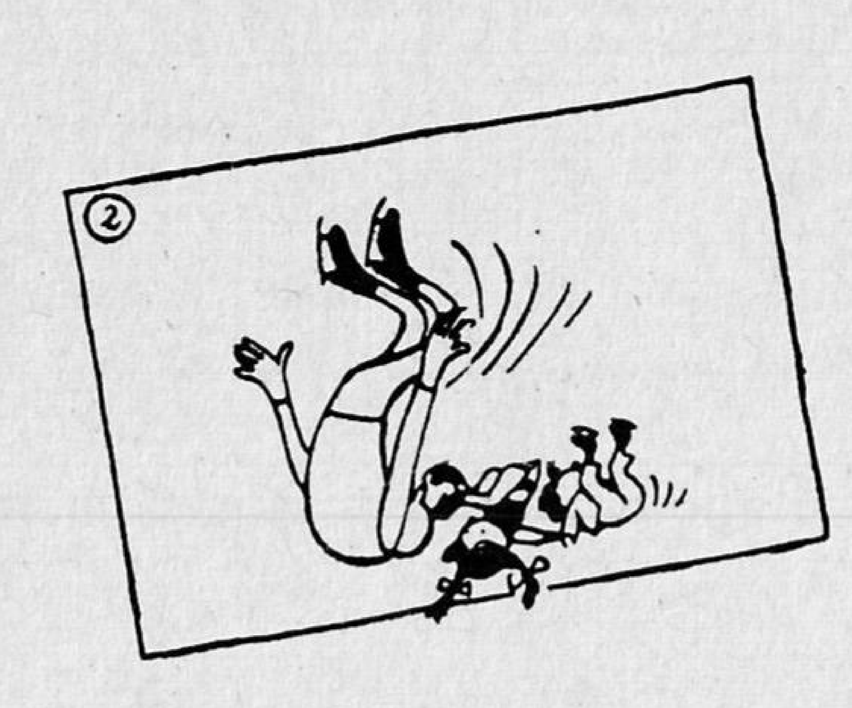
Unser Da- Sein als Männer ist bestimmt durch unsere **objektive Stellung innerhalb des imperialistischen Patriarchats.** Dieses Dasein, als **weisse, metropolitane Männer** ist das von **Repräsentanten.** Es findet seinen Bezug in den objektiven Gewaltverhältnissen, die den patriarchalen Alltag bestimmen, seien es Imperialismus, Kapitalismus oder Sexismus und Rassismus. Dies heisst nichts anderes, als dass wir in den Augen von Frauen, Schwarzen und Unterdrückten aus den drei Kontinenten und anderen Armutszonen potentielle oder manifeste Träger von Herrschaft sind. Einzig im Verhältnis um den "Besitz an den Produktionsmitteln", als ökonomischem Klassenmerkmal, kommt uns als **proletarische Männer** die Stellung von nicht an Herrschaft Beteiligten zu. Dies mag unter Anderem ein Grund für unsere - und die unserer sozialistischen Vorfahren- ökonomistische ,klassenzentristische und duale Sichtweise sein. Nur da konnten und können wir Gewalt subjektiv erfahren. So konnte und durfte auch das **Patriarchat nur als strukturelles Merkmal** oder als **Nebenwiderspruch** auftreten. Jede Infragestellung dieses Paradigmas hätte den unweigerlichen Einsturz des **gemeinsamen Dachs** des Widerstands von Männern und Frauen bedeutet. Die Feststellung, dass die Unterdrückten und Ausgebeuteten ihre Unterdrückung, ihre Ausbeutung **und** ihren Widerstand definieren und nicht die Unterdrücker, bringt die eigenen potentiellen und reellen Privilegien von Herrschaftsbeteiligung in Gefahr. Diese Angriffe von unten konnten nur durch ein Zurückschlagen beantwortet werden, in seinen unterschiedlichsten Ausdrücken, von direkter Gewaltanwendung, über Integration oder geschichtlicher Negation, bis zum **Bündnis mit dem Klassenfeind,** der **Männersolidarität im Patriarchat.**

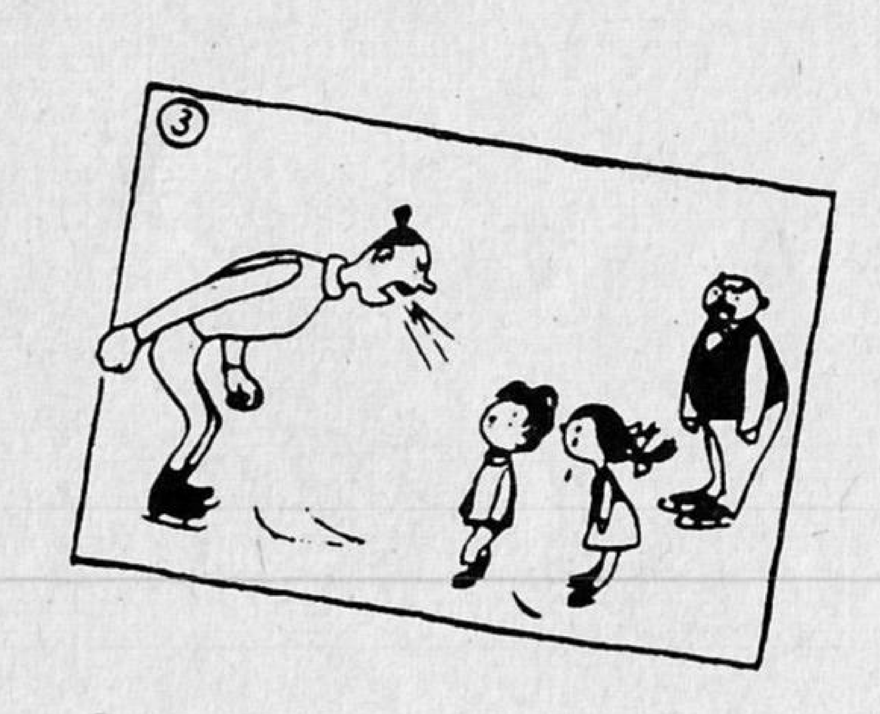


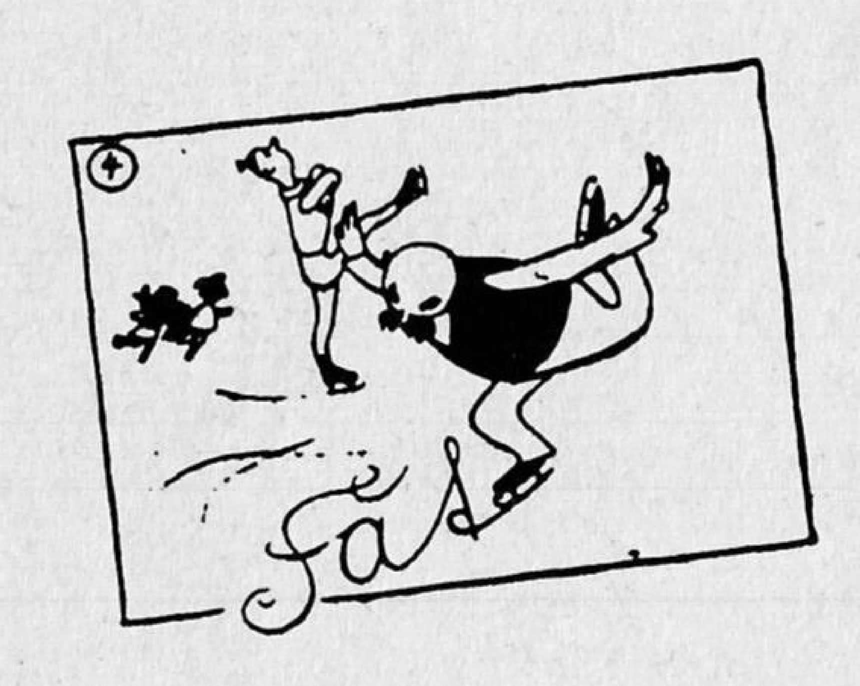


Widmung





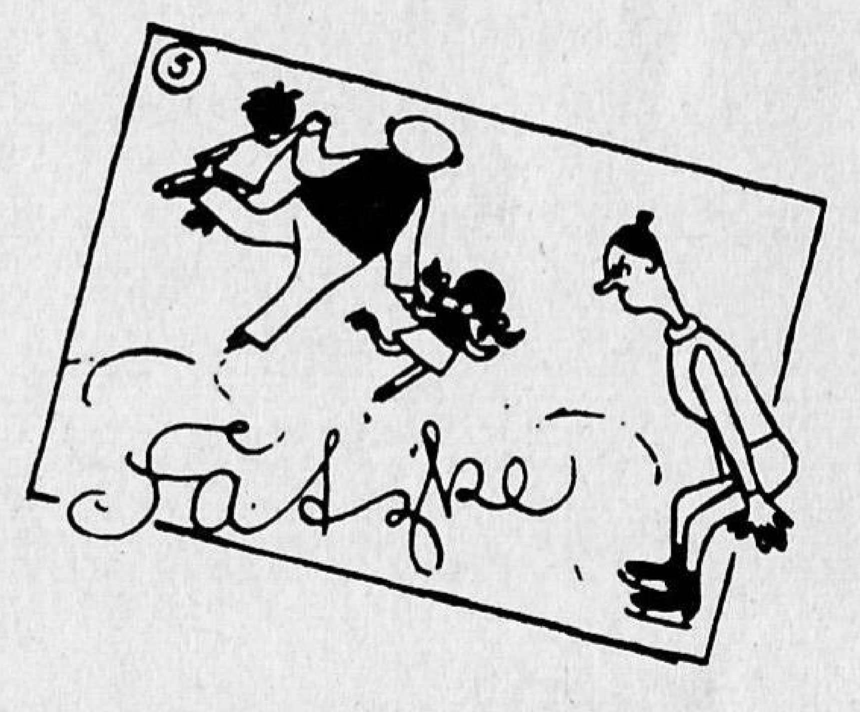


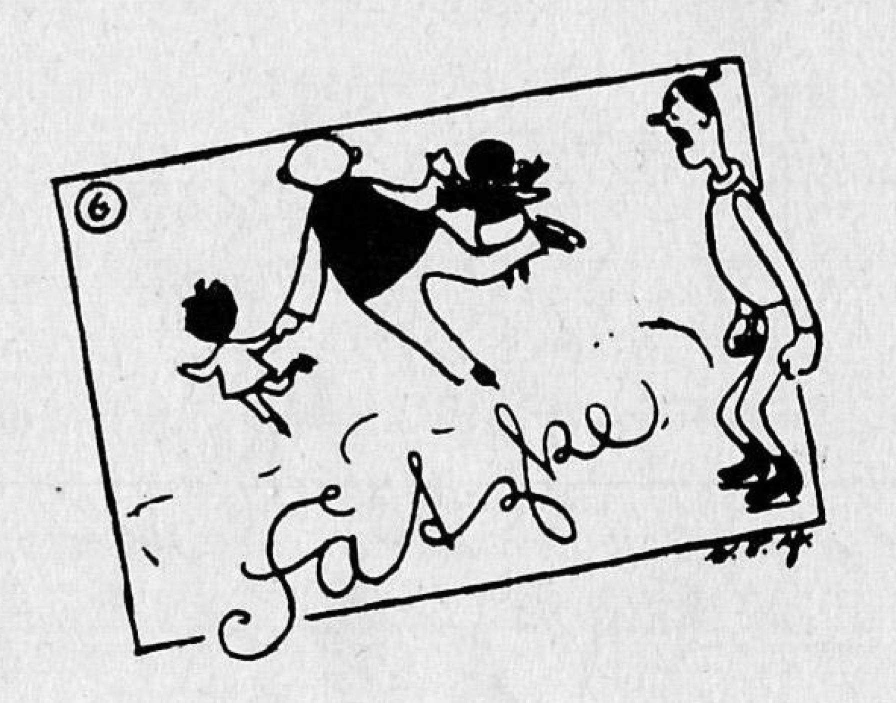


Die Gratwanderung...

Wir haben gesagt, nur die Ausgebeuteten und Unterdrückten können ihrem Kampf eine revolutionäre Ausrichtung geben. Das hat zur Folge, dass ihre Definition von erfahrener Gewalt und ihr revolutionärer Kampf für uns als revolutionäre weisse Männer in den Metropolen Orientierung sein muss. Diese Orientierung setzt zwar das Anerkennen von Autonomie unbedingt voraus, darf aber die eigene revolutionäre Subjektivität nicht negieren.Es geht also nicht darum, allen Ansätzen von Widerstand kritiklos zu folgen und revolutionären Organisationen nachzubeten. Die fatalen Konsequenzen dieser Politik hat uns die reformistische Soli- Bewegung zur Genüge vorgezeichnet. Im Weiteren hat auch die Entwicklung in der BRD und anderswo gezeigt, wie sich ein grosser Teil der revolutionären Linken durch die Krise der Guerilla in reformistischen Positionen wiederfindet. Damit antipatriarchale Politik von Männern nicht durch anbiedernde Ausrichtung auf andere Subjektivität zur reformistischen Suche nach "herrschaftsfreien Lebensformen" innerhalb des Systems degeneriert, muss **der eigene politische Kampf von Beginn weg gegen das gesamte System** gerichtet sein. D.h. nicht kurzsichtig und subjektivistisch nur gegen das Macho- Verhalten in den eigenen Reihen, aber auch nicht objektivistisch gegen Kapital und nebenbei gegen "Männerherrschaft" oder "patriarchale Strukturen", sondern **gegen die gesamte hierarchische Organisierung des imperialistischen Patriarchats.** Nur so kann die eigene antipatriarchale Subjektivität wirklich revolutionär sein. Bis heute orientierte sich männliche Subjektivität ideologisch -wie auch immer sie sich im revolutionären Spektrum selber differenzierte- in letzter Konsequenz am Proletariat (mit oder ohne Zentralität der Arbeiterklasse). Vom proletarischen Klassenstandpunkt aus entwickelte sie auch die revolutionären Positionen zum Imperialismus. Das genügt uns nicht. Diesen männerzentrierten ökonomistischen Blickwinkel gilt es zu ändern. Das heisst zuerst mal, den Blick dafür zu schärfen, wie die Andern, die Frauen, die Schwarzen, die Unterdrückten und Ausgebeuteten in den weltweiten Armutszonen ihre Herrschaftsbedingungen wahrnehmen. Und wie sie ihnen ihre revolutionäre Subjektivität entgegensetzen. Unser Handeln muss sich zwar in einer unterstützenden Praxis zu ihnen wiederfinden, doch im Sinn eines andauernden Prozesses von Aufbrechen des Gewaltcharakters in der gesamten Gesellschaft hier. Darin kann es keine Reduzierung auf das "Gesellschaftliche" oder das "Private" geben.

Mit unserer Praxis und unserem Selbstverständnis bewegten wir uns lange Zeit auf dem ideologisch sicheren Boden des Kampfes gegen bürgerlichen Staat und Kapital, also der aktuellen Erscheinungsform des Patriarchats. Davon wollen wir nicht grunsätzlich Abstand nehmen. Anders ist einzig, dass wir uns darin selbst zum Gegenstand antipatriarchaler Kritik und Praxis machen. Das verändert den Charakter und die Schwerpunkte unseres Kampfes. **Der politische Kampf wird zur Gratwanderung zwischen Kampf gegen Herrschaft, Aufkündigung von Herrschaftsbeteiligung und radikaler Ueberwindung der eigenen gesellschaftlichen** Konditionierung - immer im Bewusstsein, des Doppelcharakters unserer eigenen Subjektivität als revolutionäre Männer, die nur mit einem Fuss ihre objektive Stellung im imperialistischen Patriarchat verlassen können. Als weisse metropolitane Männer müssen wir mit dem hegemonialen Denken und Streben brechen. Wir können nur in einem offenen solidarischen Verhältnis zu den revolutionär kämpfenden Frauen, Schwarzen und Unterdrückten und Ausgebeuteten aus den Armutszonen unterstützend wirken und unseren eigenen Kampf führen. Wir lassen uns zwar durch den Blick von ganz unten





leiten, doch erst die Verknüpfung mit unserem eigenen sozialen Sein erlaubt es uns, in der politischen Praxis eigene Kampfziele zu definieren. Das klare Bewusstsein um die Differenz zu Frauenkämpfen und der Kampf gegen alle Angriffe auf ihre autonome Strukturierung muss fester Bestandteil unserer Analysen, unserer praktischen Interventionen und unserer organisatorischen Ueberlegungen sein.

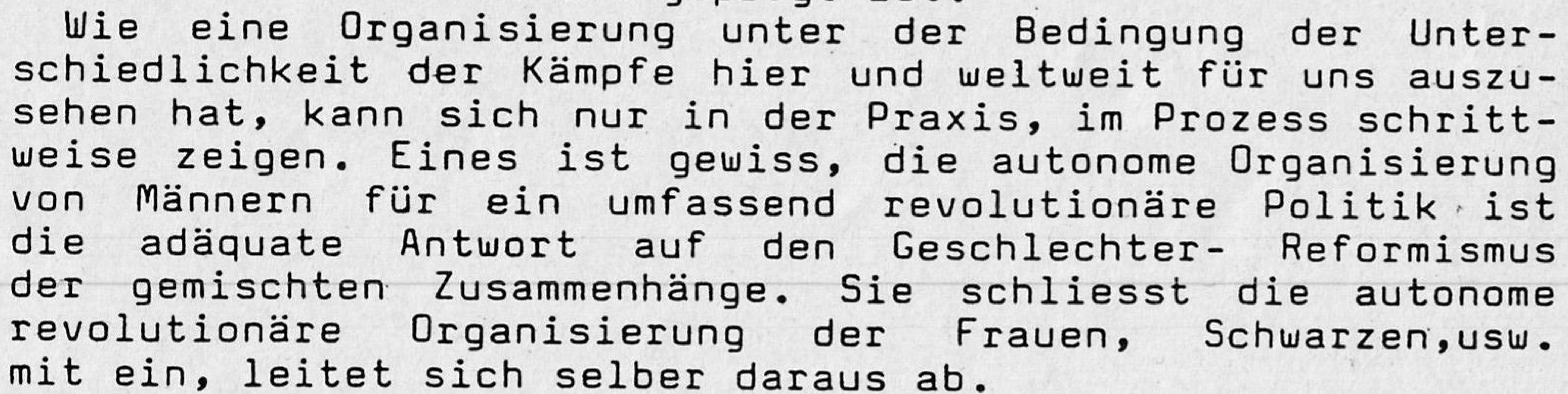


...und die Frage nach Organisierung



Mit der Frage, wie wir uns organisieren sollen, stellen sich alte und neue Probleme ein. Jeder Organisationsansatz, sofern er aufs Ganze zielt, konfrontiert uns mit der historischen Erfahrung, dass er bereits das Prinzip der Machtergreifung und Machtausübung durch die Organisation in sich trägt. Das hat sich in männerdominierten Kollektiven und Parteien -das ist ideologisch und nicht quantitativ zu verstehen- immer gegen die Frauen ausgewirkt. Konkret, auf unsere linken Verhältnisse übertragen heisst dies, dass in gemischten politischen Zusammenhängen trotz und wegen der Beschwörung von "Gleichheit" und "Einheit", das Verhältnis zwischen den Geschlechtern unauflösbar von der männlichen Vorherrschaft geprägt ist.





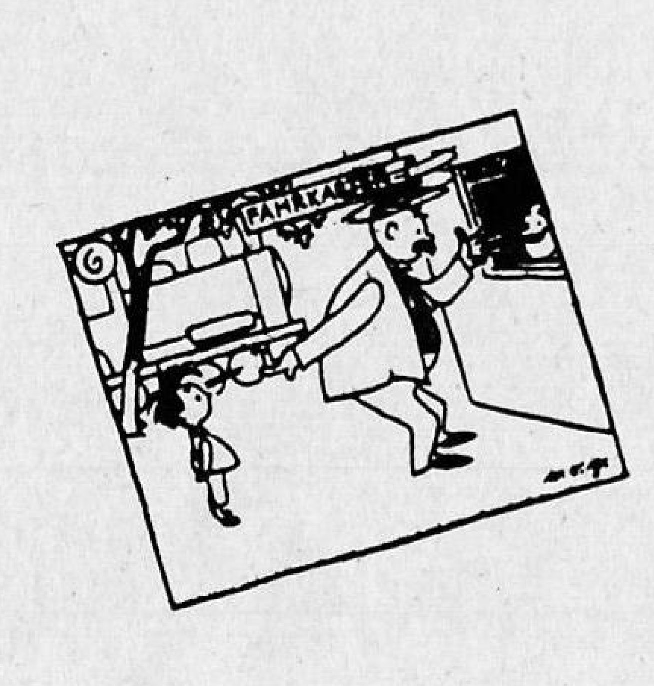
Wie eine Organisierung unter der Bedingung der Unterschiedlichkeit der Kämpfe hier und weltweit für uns auszusehen hat, kann sich nur in der Praxis, im Prozess schrittweise zeigen. Eines ist gewiss, die autonome Organisierung von Männern für ein umfassend revolutionäre Politik ist die adäquate Antwort auf den Geschlechter- Reformismus der gemischten Zusammenhänge. Sie schliesst die autonome revolutionäre Organisierung der Frauen, Schwarzen,usw. mit ein, leitet sich selber daraus ab.



Dem Vorwurf, wir würden spalten, halten wir entgegen, dass wir den "Geschlechter- Widerspruch" aus dem Gemauschel der gemischten Zusammenhänge herauslösen und ihn aus unserer Sicht seiner politischen Bestimmung zuführen, indem wir ihm auch einen organisatorischen Ausdruck geben. Innerhalb des umfassenden Kampfes gegen das imperialistische Patriarchat bleibt für uns als revolutionäre Männer der Kampf gegen Kapital und Staat von grundlegender Bedeutung. Nicht als Hauptwiderspruch im orthodoxen Sinn, sondern im Sinn von aktuellen Ausbeutungs- und Herrschaftsstrukturen des imperialistischen Patriarchats. Unser Kampf muss sich jedoch ebenso gegen die resistent patriarchalen Mehrheiten innerhalb der proletarischen Klasse richten, welche ihre Klasseninteressen gegenüber den Frauen mal offener mal verdeckter im revolutionären Prozess zu realisieren gedenken und dadurch objektiv dem Patriarchat auf eine neue historische Stufe seiner Herrschaft zu verhelfen suchen.



Diese doppelte Ausrichtung zieht auch theoretische Erwägungen nach sich. Vornweg: der historische Materialismus bleibt Grundlage in der uns in seiner geschichtlich vermittelten Bedeutung zur Entschlüsselung von Klassenkämpfen (als analytisches Instrument) und zur Entwicklung von Strategien entlang dem Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital (als Kampfinstrument). Da wir aber davon ausgehen, dass das patriarchale Herrschaftsverhältnis tiefer gründet, nämlich auf dem Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern und nicht im Privateigentum an den Produktionsmitteln, darf die antipatriarchale Analyse und politische Strategie dem historischen Materialismus nicht einfach die blinden Flecken auffüllen, sondern muss dessen Voraussetzungen selbst der Kritik unterziehen. Da nun Kritik, materialistisch gesehen, letztlich immer eine praktische ist, bleibt die autonome feministische Praxis und ihre authentische Theorie auch theoretischer Bezugspunkt für einen revolutionären antipatriarchalen Gebrauch des historischen und dialektischen Materialismus.





Wir denken weiter, dass gemischte Zusammenhänge objektiv, als stille Uebereinkunft zwischen den Geschlechtern, den Charakter von Bündnissen haben. Dieser wird grösstenteils nicht als solcher erkannt, weil dieses Wahrnehmen sein latentes Gewaltverhältnis freilegen würde. Politisch kann diese **Einheit** von Gegensätzen in gemischten Zusammenhängen einzig von Frauen aufgebrochen werden, denn es gibt ein objektives patriarchales Männerinteresse an einer reformistischen Integration von Frauenpositionen. Allgemein gesprochen bedeutet dies, dass der "Geschlechter- Widerspruch" nur von den organisierten autonomen politischen Kräften der Frauen, dem revolutionären Feminismus, in seine politische Form als **Kampf** der Gegensätze gebracht werden kann.



Als weisse, metropolitane linke Männer waren wir bis heute in gemischt- geschlechtlichen Zusammenhängen organisiert. Wir sind es noch, im Bewusstsein ihres vorübergehenden Bündnischarakters. Bleiben wir weiterhin drin, tragen wir objektiv dazu bei, dass patriarchale Verhältnisse reproduziert werden . Tatsache ist, dass es innerhalb solcher Bündnisse undenkbar ist, dass Männer ihre patriarchalen Privilegien ablegen, ja überhaupt ablegen können. Versuchen wir, diesen patriarchalen Verhältnissen von innen entgegenzuwirken, befinden wir uns in Fronstellung zu jenen Männern, welche ein Interesse daran haben, gemischte Strukturen aufrechtzuhalten und dies auch ideologisieren. Schliesslich entspricht es der inneren Dynamik dieser Strukturen, dass sie auf die physische und psychische Reproduktion durch Frauen angewiesen bleiben und bewusst oder unbewusst darauf zurückgreifen.



Dieses "Dilemma" ist auch in seiner subtilsten Form noch Ausdruck des fundamentalen Widerspruchs im Patriarchat, des Gewaltverhältnisses zwischen den Geschlechtern. Es wird uns zumindest solange auf diese Weise beschäftigen, als sich nicht Kräfteverhältnisse gebildet haben, die es -auch uns- erlauben, aus antipatriarchalem Bewusstsein und entsprechender Praxis die Widersprüche der gemischten, geschlechter- reformistischen Zusammenhänge offenkundig werden zu lassen und aufzubrechen. Und zu dieser Perspektive können wir einzig durch unsere autonome Organisierung beitragen.



Zum jetzigen Zeitpunkt können wir uns vorstellen, dass es kurzfristige Bündnisse geben kann mit revolutionären Kräften der Frauen, Farbigen oder Menschen aus dem Süden und den Armutszonen. Bündnisse, aber nicht auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, wie es im Allgemeinen mit reformistischen Kräften üblich ist, sondern unterstützende Zusammenschlüsse in einem unterstützenden Verhältnis. Unterstützend im Sinne, dass es für uns als Männer darum geht, in solchen Zusammenschlüssen mit Herrschaftsbeteiligung zu brechen. Die Differenz bleibt auch in solchen Bündnissen bestehen, es kann keine subjektive oder objektive Gleichheit geben. **Gleichheit kann nie Programm sein.** Nur so kann der Prozess des Bruchs mit dem Patriarchat und den von ihm angebotenen Privilegien vorangetrieben werden.

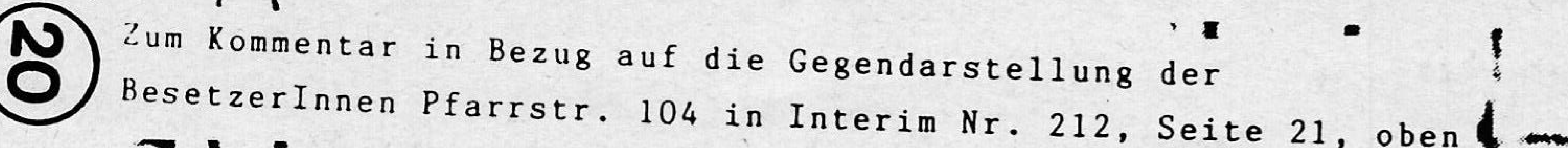


Noch eine Bemerkung zum Schluss. Wir sehen unseren Text und unsere Thesen als einen Versuch, mal eine Zwischenbilanz zu ziehen und einige Eckpunkte unseres antipatriarchalen Verständnisses zu formulieren. Diese Thesen sind das Produkt einer verstärkten Auseinandersetzung in den letzten Jahren mit anderen Militanten aus den verschiedensten autonomen und antiimperialistischen Zusammenhängen. Viele Fragen bleiben offen, vorerst...



TENKILE Sept. 92

Zum Kommentar in Bezug auf die Gegendarstellung der BesetzerInnen Pfarrstr. 104 in Interim Nr. 212, Seite 21, oben



"you`ve been brain washed into following a male dominated violent trend and that`s eating and killing animals."
Consolidated, Friendly Fascism, San Franzisco 90/91

1.Zunächst fällt uns auf, daß Du die Gegendarstellung der PfarrstraßenbesetzerInnen nicht konzentriert gelesen haben kannst, sonst hättest Du gemerkt, daß mit "bedrohte Haushunde" eben diese gemeint waren und nicht der bewaffnete Bauarbeiter - trupp. Daß Du "bedrohte Haushunde" für ein Schimpfwort hältst, spricht für sich selbst.

2.Vermuten wir keineswegs eine Verwechslung, sondern Absicht in der Verwendung der Bezeichnung "gewaltgeile Masochisten". Lies den Text nochmal, wenn Du`s dann nicht verstehst, laß es Dir von den Leuten aus der Pfarrstraße selber erklären.

3.Braucht die Front der "Fleischfressen = Faschismus - Sektierer" nicht vom Ruhrgebiet nach Berlin zu wandern - da muß mensch nur nachdenken, dann kommt er/sie von alleine drauf, was Unterdrückung/Ausbeutung von Tieren mit patriarchaler/rassistischer Selektionsmentalität zu tun hat.

Abgesehen davon, machst Du armes Nervenbündel es Dir ziemlich einfach, wenn Du unseren Ansatz der Herrschaftskritik, der nicht bei der Grenze der Art halt machen will, auf die (zudem falsche!) Parole Fleischfressen = Faschismus reduzierst.

wenn eine Gruppe von Menschen eine Andere wegen ihrer Hautfarbe, Herkunft, oder Kultur abwertet und Diskriminiert, nennt mensch das Rassismus;
Wenn eine Gruppe von Menschen sich über eine Andere wegen ihres Geschlechts erhebt, nennt mensch das Sexismus;
Wenn die menschliche Art einen Trennungsstrich zwischen sich und allen nicht - menschlichen Arten zieht und deren Interessen mißachtet, nennen wir das Artegoismus bzw. Speziesismus;

Allen gleich ist das Denken in "mehr wert - weniger wert" Kategorien. Wobei die " Minderwertigen" von denen, die meinen "höherwertig" zu sein ausgebeutet und unterdrückt werden.

Wir wehren uns ganz entschieden gegen die diffamierende Bezeichnung "Sektierer(Innen!!)" und dagegen, daß Tierschutz als sentimentaler/religiöser Spinnkram abgetan wird.

Der Kampf um die Berücksichtigung der Interessen von Tieren ist für uns genauso ein wesentlicher Bestandteil im anti - patriarchalen Befreiungskampf, wie der um die von Schwarzen, Frauen, Kindern, Pflanzen, Flüssen, Landschaften,...

Deshalb reden wir nicht von Haupt - und Nebenwidersprüchen, sondern von der "Unity of Oppression".

Der Bezug zu Faschismus kommt erst durch die Verwendung des Ausdrucks "Tier - KZ", der beschreiben will, daß Tiere in Tierfabriken genauso gequält und entwürdigt werden, wie einst Menschen in Auschwitz; - und durch die Systematik der industriellen Aufzucht und Vernichtung zum (fragwürdigen) Nutzen der Menschheit.

Indem Du Tiere ißt, unterstützt Du die Tötungsindustrie, Du deligierst den Mord an Tieren und damit die Ausübung von Herrschaft über sie.

Indem wir vegan leben, versuchen wir unseren Herrschaftsanteil (selbstverständlich auch gegenüber Menschen!) auf ein Minimum zu reduzieren. Wenn Du weiterhin gedankenlos Herrschaft aus - übst (in Deinen Beziehungen und in Deinen Konsumverhalten), wie willst du jemals eine herrschaftsfreie Welt erreichen?

Es scheint tatsächlich eine Diskussion anzustehen - allerdings wollen wir dann doch lieber mit Menschen diskutieren (=sich auseinandersetzen) die überhaupt bereit und offen sind sich was Neues/Fremdes/Unbequemes anzuhören, die kein Patent auf ihre Sicht der Welt angemeldet haben.
Alle, die dazu bereit sind, (und insbesondere alle veganen "SektiererInnen") laden wir zu einer

Info - und Diskussions-
veranstaltung mit Video (Animal Liberation - the Movie)
am 8.11. um 19.00 Uhr im El Locco ein.

Wildwuchs

Solidarische Grüße an VOR,TAN, die Leute aus der Pfarrstraße und alle VegetarierInnen/VeganerInnen/Autonomen TierschützerInnen

Kampf allen Formen von Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung!
Schluß mit dem Krieg gegen Tiere, Menschen und Natur!

FleischfresserInnen zu Currywürstchen!

Schaut nicht länger tatenlos zu!

In der Nacht vom 11. auf den 12.10. haben wir der gemeinnützigen Fahrdienst GmbH "Fahren und Helfen" im Industriegebiet Holtensen einen Besuch abgestattet und ca. 15 Kleinbusse mit den Sprüchen "Wir transportieren Flüchtlinge in den Tod" und "Wir machen Geld mit der Abschiebung von Flüchtlingen" besprüht.

Die pogromartigen Angriffe der letzten Monate auf Menschen aus anderen Ländern sind nur die Spitze des Eisberges. Rassismus reicht von Vorurteilen gegenüber allem Anderen und Fremden bis zur Ausübung brutaler, menschenverachtender Gewalt gegenüber Einzelnen oder Gruppen. Staat, Justiz, Medien und Polizeiapparat waren schon immer und sind auch jetzt maßgeblich beteiligt daran, den rassistischen Normalzustand heranzuzüchten. Dazu passend gilt ab 1.11.92 ein Abkommen zwischen der BRD und Rumänien, das deutschen Behörden die Möglichkeit gibt, als "offensichtlich unbegründet" abgelehnte AsylbewerberInnen nach Rumänien abzuschieben. Im Gegenzug hat die BRD-Regierung natürlich großzügige "Wirtschaftshilfe" zugesagt. Laut Abkommen sollen nicht näher bezeichnete "Indizien" ausreichen, um ihnen eine Herkunft aus Rumänien nachzuweisen - ohne daß die Geflüchteten entsprechende Papiere dabei gehabt hatten. Die Anerkennungsquote von Menschen aus Rumänien, speziell Sinti und Roma, die dort massivster Repression ausgesetzt sind, ist gleich null.

Zahlreiche Behörden, Firmen, Unternehmen und Wohlfahrtsverbände helfen mit, dieses System von Ausgrenzung und Stigmatisierung von Flüchtlingen als Menschen zweiter Klasse aufrecht zu erhalten, z.B. Flug- und Reiseunternehmen, die aktiv an den Abschiebungen beteiligt sind, die für die Flüchtlinge oft das Todesurteil bedeuten.

In Göttingen sind u.a. das DRK, die Heilsarmee und die Plural Objektschutz GmbH an der menschenunwürdigen Unterbringung und Ghettoisierung von Flüchtlingen beteiligt. Die Gemeinnützige Fahrdienst GmbH schlägt Profit daraus, Flüchtlinge zum Anhörungsverfahren nach Braunschweig zu transportieren. Bei Nichtanerkennung ihres Asylantrages werden sie in das Land, aus dem sie geflohen sind, abgeschoben. Der überwiegende Teil der Bevölkerung verschließt die Augen vor dem Geschehen und nimmt dies alles protest- und tatenlos hin. Es gibt genug Möglichkeiten für die Einzelnen, dagegen etwas zu unternehmen.

Solidarität mit Menschen aus anderen Ländern!

Nehmt Kontakte auf, erkundigt euch nach ihrer Situation, leistet praktische und andere Hilfe!

Unterstützt sie im Wohnbereich und am Arbeitsplatz!

Sprecht andere auf ihr ausgrenzendes Verhalten an!

Fragt nach, wenn ihr mitbekommt, daß sich Unternehmen an Abschiebungen beteiligen!

Frauen/Lesben aus Göttingen

Bankrott-Erklärung
- Das Frauenpapier -



Seit einigen Wochen gibt es in Münster eine gemischte Gruppe, die einen neuen Infoladen aufbauen will. Der Laden soll hierarchiefrei organisiert sein und eine antipatriarchale und eine antirassistische/internationalistische Orientierung haben

Warum jetzt einen Infoladen neben dem bereits existierenden Umweltzentrum?

Die meisten von uns haben bis vor kurzem im Umweltzentrum gearbeitet, wir Frauen im Rahmen des FrauenLesben-AnArchivs im Umweltzentrum. In dieser Frauengruppe hatten wir die Idee, einen autonomen FrauenLesbentag im Umweltzentrum zu machen. Die Umsetzung dieser Idee erwies sich jedoch u.a. aufgrund der Strukturen im Umweltzentrum als reichlich schwierig Um das genauer zu erklären, müssen wir etwas weiter ausholen:

Die Strukturen sahen so aus, daß Entscheidungen darüber, was im Laden läuft - welche Zeitungen/Broschüren/Bücher verkauft (d.h., welche Informationen weitergegeben) werden, welche Gruppen Postfächer bekommen und sich in den Räumen treffen dürfen, was mit dem Geld passiert, das erwirtschaftet wird - in der Ladengruppe (7 Männer, 1 Frau) getroffen werden. Gleichzeitig ist diese für alle Angelegenheiten der Buchführung, des Verein- und Steuerrechts etc. zuständig. Das UWZ wird also sowohl inhaltlich als auch organisatorisch vollständig von der Ladengruppe bestimmt. Menschen, die nicht in dieser Gruppe sind, dürfen zwar Vorschläge machen, haben aber, unabhängig davon, wie lange sie schon im Laden arbeiten, kein Mitspracherecht.

Über diese Funktion der Ladengruppe gab es auch innerhalb der Ladengruppe keinen Konsens. Die Kritik wurde immer wieder unter den Teppich gekehrt, eine Selbstverständnis- diskussion immer wieder verschoben. Gearbeitet wurde stattdessen nach dem Prinzip "die Ladengruppe ist das UWZ", obwohl sie tatsächlich nur einen Bruchteil der im Laden arbeitenden Menschen darstellt.
Daher waren wir gezwungen, den FrauenLesbentag bei der Ladengruppe regelrecht zu beantragen, waren also in einer Art BittstellerInnenrolle. Im Verlauf der Diskussion sind wir immer mehr in die Rechtfertigungsecke gedrängt worden.

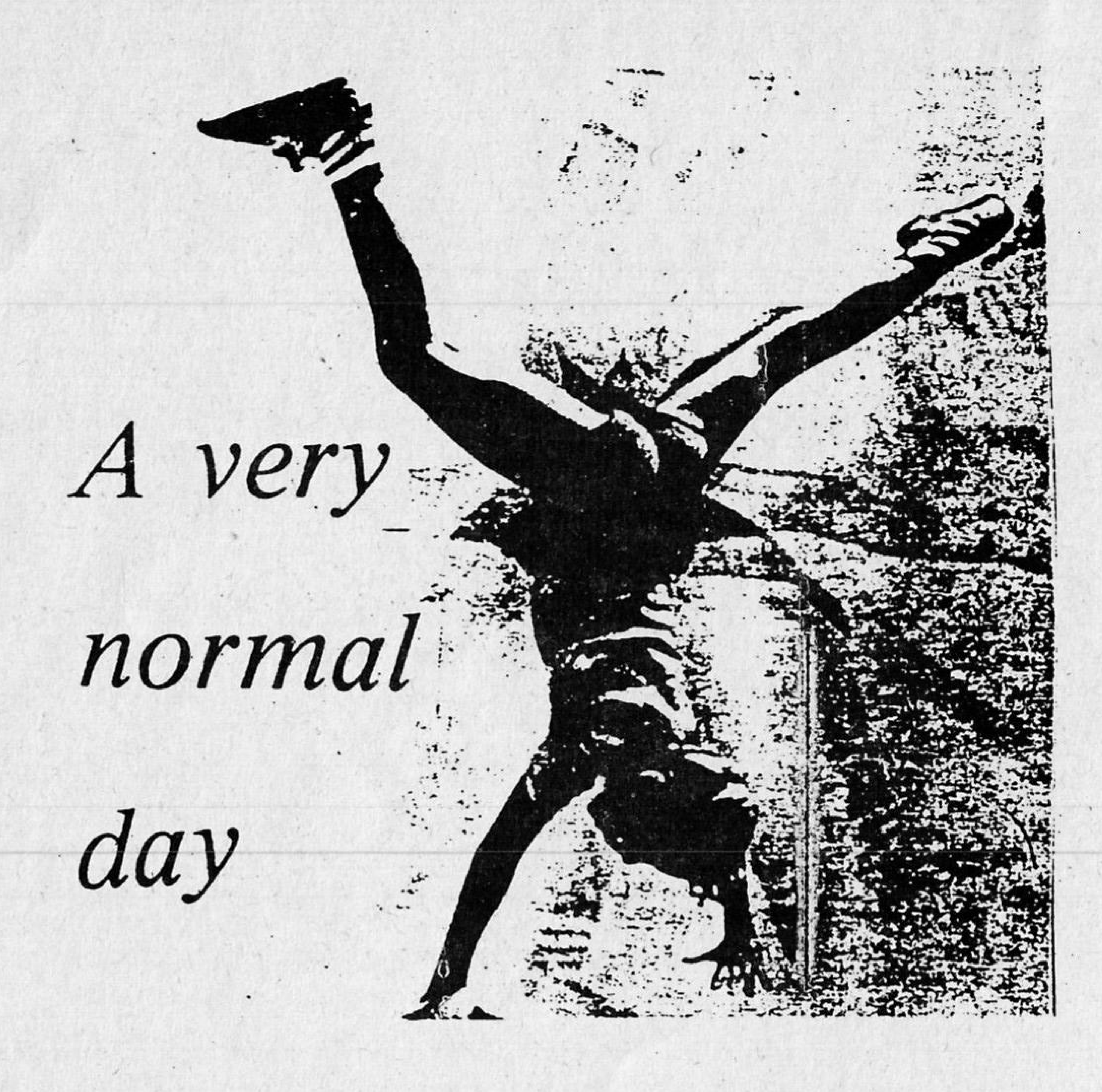
Die Widerstände gegen den FrauenLesbentag richteten sich in erster Linie gegen unsere Forderung nach inhaltlicher Autonomie. Der Inhalt fing in diesem Fall schon bei der Bezeichnung für den Tag an. Die Bezeichnung FrauenLesbentag wurde als "reaktionär bis faschistisch", weil Lesben ausgrenzend erklärt. Unter Hinweis darauf, daß die Ladengruppe alles, was wir machen, mittragen können müßte, beanspruchten einige Typen ganz selbstverständlich ein inhaltliches Mitspracherecht für die Ladengruppe. Es wird im UWZ offensichtlich immer noch als Bedrohung empfunden - das Wort ist auch gefallen - wenn FrauenLesben sich selbstbestimmt und ohne Typen organisieren, und sich so deren Kontrolle entziehen.

Das haben wir in einem Diskussionspapier kritisiert und die bestehenden Strukturen als patriarchal und hierarchisch angegriffen. Dabei sind wir von 3 Typen aus der Ladengruppe unterstützt worden. Gemeinsam haben wir versucht, eine breite Patriarchats- und Strukturdiskussion anzuleiern und vorgeschlagen, zu diesem Zweck ein Ladenplenum mit allen Leuten, die im Laden arbeiten, einzuberufen. Dazu kam es jedoch nicht mehr. Bei der nächsten Ladengruppensitzung, zu der wir auch erschienen waren, wurden wir mit den Worten "Ihr könnt gleich wieder gehen, mit euch reden wir nicht" von der Diskussion ausgeschlossen. Einige aus der Ladengruppe wollten unsere Kritik/Forderungen ohne uns diskutieren und darüber entscheiden. Es gab einen heftigen Streit, am Ende haben wir den Laden zusammen mit den 3 Typen verlassen. Einige Stunden später wurde uns von der Restladengruppe mitgeteilt, sie hätten das Schloß ausgewechselt, wir kämen in den Laden nicht mehr rein. Wir wurden also rausgeschmissen, hatten Hausverbot !

2 Wochen später fand auf unsere Initiative hin eine öffentliche Diskussion statt, zu der auch die Restladengruppe kam. Bei diesem Treffen haben wir die RausschmeißerInnen aufgefordert, das Schloß wieder auszuwechseln und eine Patriarchats-/Strukturdiskussion zuzulassen. Auf diese Forderungen hat sich die Restladen-gruppe nicht eingelassen. Sie behaupteten einfach mit anderen Strukturen als den jetzigen und v.a. mit Leuten wie uns wäre das UWZ in kürzester Pleite. Die Frage einiger DiskussionsteilnehmerInnen, mit welchem Recht sie uns überhaupt rausgeschmissen hätten, war für sie offensichtlich gar keine Frage. Sie wiederholten nur immer wieder, daß sie das eben getan hätten und daß sie uns auch auf keinen Fall wieder in den Laden reinlassen würden.

Aufgrund der zementierten Macht- position der Rausschmeißerinn- en, die wir hier nicht näher erklären können, sahen wir auch keine Pers- pektive darin, den Laden zu besetzen, weil wir - wenn über- haupt - sowieso nur unter den Vorgaben der Restladengruppe hätten arbeiten können.

Damit haben uns die RausschmeißerInnen jeglichen Boden unter den Füßen weggezogen: wir können die Archive, die wir z.T. selbst mitaufgebaut haben, nicht



mehr nutzen, haben keine Räume und kommen nur noch schwer an Informationen, nicht mal mehr an unsere Post.
Ein paar Tage später wurde uns bekannt, daß die RausschmeißerInnengruppe das FrauenLesbenAnarchiv aus dem Laden entfernt - also vor uns versteckt hat. Wir fordern in diesem Zusammenhang: Die sofortige Herausgabe des FrauenLesbenanarchiv und den unkontrollierten Zugang zu unserer Post, die im Moment beschlagnahmt wird!

Nachdem wir erstmal alle in ein rabenschwarzes Loch gefallen sind und einige Zeit gebraucht haben, um uns darüber klar zu werden, wie es eigentlich weitergehen soll, haben wir beschlossen, einen eigenen Infoladen aufzubauen. Dieser Infoladen wird BANKROTT heißen. Mit der Tatsache, daß das (wieder) ein gemischtes Projekt ist, haben wir unterschiedlich starke Bauchschmerzen. Die Entscheidung trotzdem daran mitzuarbeiten, war in erster Linie eine pragmatische: wir wollen, daß es diesen Infoladen gibt und das ist hier in der Stadt erstmal nur gemischt möglich. Außerdem sind wir von den Typen, die jetzt im BANKROTT sind, bei den Auseinandersetzungen um die patriarchalen Strukturen im UWZ unterstützt worden und können uns deshalb im Moment eine (begrenzte) Zusammenarbeit mit ihnen vorstellen.
Weil wir noch mitten in der Selbstverständnisdiskussion stecken, können wir noch kein fertiges Konzept präsentieren, sondern nur kurz ein paar Ideen anreißen:

+ Patriarchat: Neben eigenständigen FrauenLesbenstrukturen, die wir entwickeln wollen, sollen die FrauenLesben des Infoladens jederzeit in laufende Diskussionen eingreifen können, um stattfindende Sexismen deutlich zu machen und anzugreifen. Diese Interventionen sind direkt, und zwar inhaltlich, zu diskutieren, wenn eine FrauLesbe das fordert.

Es wird eine Männergruppe gegründet, an der alle Männer des Infoladens, besonders aber diejenigen, die in Funktionen stehen, teilnehmen sollen. Es werden Protokolle erstellt, die allen zugänglich gemacht werden. FrauenLesben haben auch hier jederzeit Interventionsmacht, wenn patriarchale/sexistische Strukturen deutlich werden.

+ Rassismus: Rassismus ist ein eigenständiger Unterdrückungszusammenhang. Daher müssen auch hier die unterdrückten Menschen direkte Interventionsmöglichkeit haben, wenn sie in Diskussionen etc. Rassismen deutlich machen wollen. Mehr können wir im Moment leider nicht sagen, da wir Rassismen in dieser Gruppe bis jetzt noch nicht diskutiert haben ...

+ Internationalismus: Wir wollen eine internationalistische Orientierung. Das heißt nicht nur, Broschüren, Informationen etc. zu verbreiten, sondern hat einen konkreten Bezug zu allen Arbeitsfeldern ... Gerade mit dieser Diskussion stehen wir noch ganz am Anfang, können hier also auch noch nichts Genaueres sagen ...

+ Hierarchiefreie Strukturen: Alle Entscheidungen werden auf Ladenplena mit Konsens getroffen. In den Plena wird die anfallende organisatorische Arbeit durchgesprochen, Post diskutiert, sowie die gemeinsame politische Arbeit geplant. Die Plena haben also einen inhaltlichen und organisatorischen Charakter.

Ca. 1x monatlich findet an einem anderen Termin ein längeres Plenum statt, in dem wir uns ausführlicher über politische Themen unterhalten wollen. Dies



kann ermöglichen, konkrete Ereignisse/Entwicklungen genauer zu diskutieren und zu Einschätzungen zu kommen; an bereits laufenden Diskussionen teilzunehmen sowie auch bisher "unterbelichtete" Bereiche zu beleuchten und daraus Konsequenzen für unsere politische Arbeit zu ziehen.

Nach allem, was in Münster passiert ist, halten wir es für richtig, das UWZ zu boykottieren und rufen alle Infoläden, Zentren, Zeitungsredaktionen, etc. dazu auf!

Das NRW-Infoladentreffen hat den Boykott bereits beschlossen. Die NRW-Läden wollen das UWZ aus ihrem Infoladenverteiler streichen, kein Material mehr da bestellen bzw. dahin liefern ... Sie haben dafür noch verschiedene andere Gründe, die in der Stellungnahme der NRW-Infoläden zum UWZ nachzulesen sind.

Ein ähnlich klares Verhalten wie vom NRW-Infoladentreffen hätten wir eigentlich auch von der münsteraner Szene erwartet. Die hat es - von einigen Ausnahmen abgesehen - jedoch für richtig gehalten, sich ganz aus der Auseinandersetzung rauszuhalten bzw. beide Seiten für gleich daneben zu erklären. Die meisten Leute arbeiten weiterhin mit dem UWZ zusammen, ohne in irgendeiner Form Konsequenzen aus dem Rausschmiß zu ziehen. Nicht mal dieser Rausschmiß hat ausgereicht, die Szene aus ihrer Gleichgültigkeit gegenüber Menschen, die sie für nicht so wichtig hält, rauszureißen. Außerdem fängt für die Typen Sexismus anscheinend immer noch erst bei Vergewaltigung an.

Da wir finanziell ganz am Anfang stehen, sind wir auf Unterstützung angewiesen. Spendet massenhaft!!!

Unsere derzeitige Adresse (Post bitte im doppelten Umschlag) ist: Fachschaft Politik, Scharnhorststr. 103, 4400 Münster. Telefonisch sind wir dienstags 20-22 Uhr und Mittwochs 18-20 Uhr zu erreichen Tel. 0251/83-3303

FrauenLesben im Bankrott





Unsere neue Kontonummer:
M.Kopp/K.Pfingsten, Stadtsparkasse Münster, Kto.Nr.102125705,
BLZ 40050150

Stellungnahme zur Kampagne "Freiheit für die politischen Gefangenen"

Wir haben uns seit Jahren für die Forderungen der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand eingesetzt. Einige von uns haben Gefangene besucht und sich mit ihnen geschrieben. Daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit, zu den neuen Entwicklungen Stellung zu nehmen und zu begründen, warum wir uns an der zur Zeit laufenden Kampagne "Freiheit für die politischen Gefangenen" nicht beteiligen.

Freiheit für alle revolutionären Gefangenen ist eine richtige Forderung. Von entscheidender Bedeutung ist aber der Zeitpunkt, bzw. die politische Situation, in der dieser Forderung erfolgreich Druck verliehen werden kann, ohne lediglich zu einem Hilfsappell an den Staat zu werden. So stark schätzen wir unsere Position als Linke nicht ein. Die Kämpfe der letzten Jahre sowohl drinnen als auch draußen haben es nicht einmal geschafft, die Zusammenlegung der Gefangenen durchzusetzen. Wenn die Gefangenen jetzt - gemeinsam mit ihren Angehörigen, ihren Freunden und Freundinnen sowie ihren AnwältInnen - den Kampf um ihre Freiheit aufgenommen haben, so ist das <u>ihre</u> Entscheidung und dafür tragen <u>sie</u> die Verantwortung.

Die Kampagne zur Freilassung ist nicht das Resultat einer starken politischen Bewegung, sondern sie ist durch die KGT-Initiative (sog. Kinkel-Initiative), den Gewaltverzicht der RAF und die Erklärungen der Gefangenen ermöglicht worden. In ihrem Kern bedeutet diese Kampagne nichts anderes, als daß die Gefangenen für sich eine politische Lösung durch Verhandlungen mit dem Staat anstreben. Unter diesen konkreten Bedingungen spielen wir als politische Bewegung keine Rolle.

Für die Kampagne wird ein Bild skizziert, bei dem eine weichere und eine härtere Linie im Staatsapparat konkurrieren, woraus sich Chancen für die Freilassung ergäben. Es wird davon ausgegangen, "daß es Fraktionen im Staat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den Griff kriegen", wie es in der RAF-Erklärung vom 10.4.92 heißt. Nun ist es zwar richtig, daß der Staat in der Frage der politischen Gefangenen Positionen vertritt, die vorher undenkbar waren. Dies ist aber nicht das Resultat einer Spaltung innerhalb des Staatsapparates, sondern liegt daran, daß das Problem endlich vom Tisch soll. Aufgrund seiner starken Position kann sich der Staat solche Vorschläge, wie sie in der KGT-Initiative zum Ausdruck kommen, leisten. Dabei wird lediglich etwas geschickter vorgegangen und sogar erreicht, einem Großteil der sich für die Gefangenen einsetzenden Linken einen Staat vorzugaukeln, der gewillt sei, <u>außerhalb</u> seiner eigenen Interessen, politische Lösungen im Sinne eines Verständnisses von "demokratischem Rechtsstaat" anzubieten.

Es wird von revolutionärem Aufbruch geredet, während man sich auf dem Boden des politischen Kompromisses befindet. Aber es muß doch klar sein, daß sich jede Neuüberlegung/Umorientierung der politischen Strategie <u>gegen</u> den Staat richtet, auch wenn in Zeiten der Schwäche mitunter in konkreten Kämpfen Zugeständnisse nötig sind. Es ist eine prinzipielle Notwendigkeit diese taktischen Zugeständnisse von einer Neubestimmung der eigenen Politik zu trennen.

Gegenmacht muß immer gegen den Staat aufgebaut werden, muß immer gegen ihn durchgesetzt werden.

Die KGT-Initiative war von Anfang an mit der Forderung an die RAF verbunden, den bewaffneten Kampf einzustellen. Wir können in einer politischen Lösung, die die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols beinhaltet, keine politische Perspektive sehen.

Daß die Freilassung der Gefangenen als Durchbruch/Einstieg in eine neue revolutionäre Phase bezeichnet wird, ist nur möglich, wenn davon ausgegangen wird, daß revolutionäre Umwälzung das bloße Produkt von Kämpfen um unmittelbare Ziele ist. Mit dieser Gleichsetzung wird alles, was das direkte Ziel erreicht, sogleich zum Fortschritt im revolutionären Kampf erklärt (z.B. Stresemannstr.). Andere als unmittelbare Erfolgskriterien werden unnötig und gehen verloren. So kann man sich die jeweiligen kleinen Erfolge immer so zurechtlegen, daß aus ihnen die Entwicklung einer Gegenmacht möglich scheint - und zwar nur aus ihnen. So lassen sie sich auch leicht zur Bedingung und zum Durchbruch für Weiterentwicklung hochstilisieren.

Selbstverständlich müssen Linke überlegen, wie Gegenmacht geschaffen werden kann, was Ziel, Orientierung, Organisierung und Strategie dahin sein muß. Als ersten Schritt in eine neue Richtung eine politische Lösung mit dem Staat auszuhandeln, hieße, die Perspektive Gegenmacht zu entwickeln, aufzugeben und einen Teil unserer Geschichte zu negieren.

Hannover, Oktober 1992



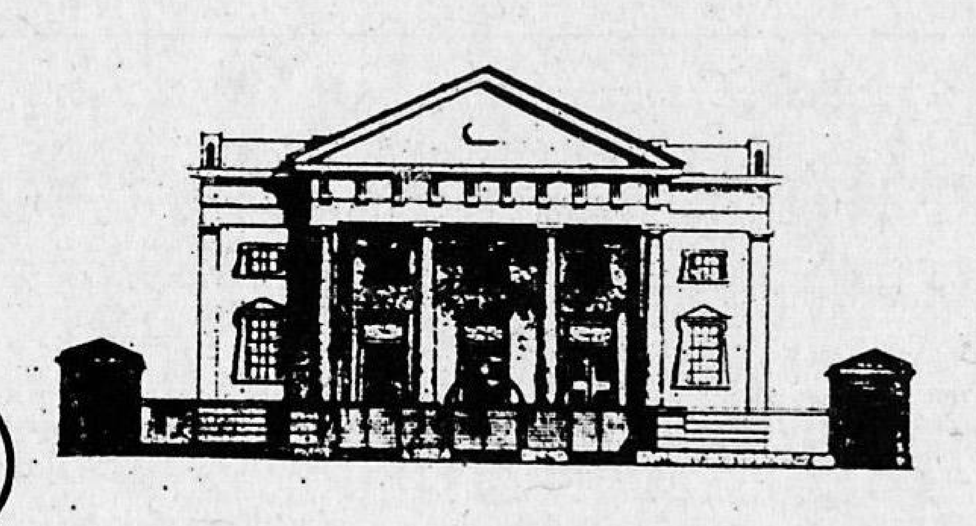
CAFE GESCHWULST IN GEFAHR - RÄUMUNGSTERROR AN DER FU ?

Das Cafe Geschwulst ist die letzte noch aus dem Unimut-Streik 88/89 erhaltene Errungenschaft der Studis am Otto-Suhr-Institut für Politologie (OSI) der FU. Einigen von euch ist es sicher vom Cafetrinken zwischen den Vorlesungen, Filmvorführungen, Anti-NC- oder auch Golfkriegsaktionen und natürlich unseren berüchtigten Feten bekannt. Im wesentlichen besteht das Geschwulst aus einigen Räumen im OSI-Keller (Cafe, Lagerraum, Frauenraum, Frauen-AG-Raum, AG-Raum, Ruheraum, S3/ Plenumsraum) in der Ihnestr. nahe U-Bahnhof Thielplatz und einigen Studies, die versuchen, diese Räume mit Leben, politischer Aktivität und natürlich Cafebetrieb zu füllen.

Seit etwa einem Jahr gibt es Auseinandersetzungen mit der Unileitung (v.a. vertreten durch Verwaltungsleiter **Zegenhagen** - typischer Bürokratenarsch) und dem Fachbereichsrat (v.a. ehemaliger Dekan **Jacobsen** (la-scheinlinksliberaler und überführter Stasi-Spitzel), Verwaltungschef **Lodder** (aggressive Zwergausgabe seines Obergurus) und der mittlerweile neuen Dekanin **Schwan** (konservativ)). Vorgeblich geht es darum, einige der Geschwulst-Räume an den unter Raumnot leidenden Fachbereich zurückzugeben und für die Nutzung der anderen eine formaljuristische Reglung zu treffen. Tatsächlich handelt es sich um einen **politischen Angriff** auf die Reste autonomer studentischer Strukturen.

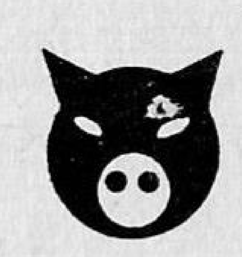
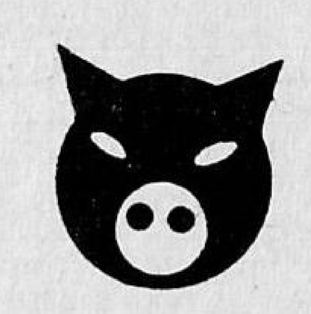
Nachdem die ewigwährende Diskussion, wie am besten mit diesen Forderungen umzugehen sei, und das ständige Gremienhickhack über ein Jahr lang jede zielgerichtete politische Arbeit unsererseits (zu wichtigeren Themen) blokkiert und uns personell stark geschwächt hatte, kam es Ende letzten Semesters zu einem - faulen - Kompromiß. Wir gaben den AG-Raum und die zeitwillige Nutzung des S3/Plenumsraumes in mündlicher Verhandlung mit dem Fachbereich gegen die Zusicherung ab, daß der Fachbereich die anderen Räume auf seine Verantwortung als "Sozialräume" führen und sie uns ungestört nutzen lassen würde. Diese Lösung sollte uns vor einem formellen, jurisitisch bindenden Cafenutzungsvertrag mit dem Präsidialamt (mit Namensnennung) bewahren und die zermürbende Dauerdiskussion beenden.

Zu Beginn dieses Semesters fanden wir alle studentische Räume unzugänglich und mit neuen Schlössern versehen vor. Man eröffnete uns, daß die Schlüssel gar nicht mehr rausgehen würden, man aber geruhe, uns gegen einen Vertrag mit Präsiamt oder alternativ zu ähnlichen Konditionen mit dem Fachbereich das Cafe und u. U. die anderen Räume kontrolliert zur Verfügung zu stellen. Dafür wurden aber auch gleich noch ein paar knallharte Auflagen draufgesetzt wie z.B. kein Ausschank gegen Bezahlung (faktisch würde ein Betrieb auf Spendenbasis die Pleite bedeuten), Einblick in Buchführung, von uns zu bezahlender Wachschutz (!) bei unseren Feten, um "Vandalismus" zu verhüten etc. Die vor drei Monaten vereinbarte Lösung war vom Tisch; wir hätten da wohl was verstanden, so einfach sei das ja alles nicht, blablabla. Da wir uns auch nicht ewig verarschen lassen haben wir dann die Türen geöffnet und den Cafebetrieb aufgenommen, was den ehemaligen Dekan und die ehemalige Prodekanin (**jacobsen** und **Schwan**) - beide kurz vor einem cholerischen Anfall - dazu brachte, im Geschwulst aufzutauchen und nichts außer Unverständnis und Drohungen zu äußern.







Am nächsten Tag waren die unseren Kellerteil angrenzenden Feuertüren verriegelt und gesichert. Daraufhin gab es eine mobile Geschwulst-Aufführung im Akademischen Senat (Ergebnis: blablabla).
Vorerst haben wir die Türen zugelassen und uns auf die Vorbereitung der VV am Dienstag (wenn ihr diese Zeitung lest:vorgestern) und unserer aus diesem Anlaß verschobenen **FETE** am Freitag (**MORGEN !!!**) konzentriert. Diese Fete wird auf alle Fälle durchgesetzt, und wir würden uns nicht nur über **Fetengäste**, sondern auch gegenbenfalls engagierte **MitstreiterInnen** enorm freuen!

BETRACHTET DIES ALS EINLADUNG ZU UNSERER SEMESTERANFANGSWIEDERERÖFFNUNGS-ANTIRÄUMUNGSFETE !!

Wir können noch nicht genau sagen, welchen weiteren Lauf dieser Konflikt nehmen wird, aber wir hoffen auf eure tatkräftige Unterstützung und Solidarität - nicht nur am Freitag - ohne die wir diesen Konflikt auf jeden Fall nicht gewinnen können.
Ihr könnt euch informieren, wann und wo der Cafebetrieb wieder aufgenommen wird und uns dann mit euren FreundInnen besuchen kommen; ihr könnt in Unigremien und -kursen das Thema ansprechen; ihr könnt selbst in mannigfalterweise aktiv werden, indem ihr das Geschwulst wie z.B. andere besetzte Räume als Teil **auch eurer** Strukturen begreift und euch im Falle weiterer Schikanen nach der Wiedereröffnung praktisch dazu verhaltet! Die Vernichtung sozialer Freiräume ("frei" ist natürlich relativ...) und Lebensräume ist an der Uni nichts anderes als in der Stadt.

Wehren wir uns gemeinsam : **GESCHWULST** bleibt drinnen !!!
destroy university - search education

Wieder ein Waffenlager der Senftenberger Neonazis

150 Handgranaten von der Polizei beschlagnahmt

Von unserem Redaktionsmitglied Klaus Bischoff

Cottbus. Die Entscheidung des Senftenberger Kreisgerichts, sieben weitere Männer in Haft zu nehmen, die der Zugehörigkeit zu einer sogenannten Werwolf-Jagdeinheit beschuldigt werden, war zwar keine leichte Geburt, scheint sich aber umgehend als richtig erwiesen zu haben. Der zuständige Richter hatte sich zu den Haftbefehlen erst nach einer mit zusätzlichem Beweismaterial untersetzten Intervention der Staatsanwaltschaft durchgerungen.

Die sieben, die nun doch hinter den Türen der Untersuchungshaftanstalt bleiben müssen, wurden am Donnerstag abend weiter vernommen. Dabei machte einer von ihnen Angaben über ein bis dahin noch nicht bekanntes Waffenversteck der Gruppe. Als die Polizei es in der Nacht zu Freitag aushob, konnte sie rund 150 Handgranaten beschlagnahmen. Sie stammen, wie der Cottbuser Staatsanwalt Franz Josef Richter erklärte, aus russischen Armeebeständen.

Die Staatsanwaltschaft zieht einen deutlichen juristischen Trennungsstrich zwischen den Vorwürfen, die sich gegen die gesamte rechtsextreme Gruppe richten – unter anderem Bildung einer kriminellen Vereinigung und Verstöße gegen das Waffengesetz – und dem Tötungsfall, in den einige der insgesamt acht Inhaftierten verwickelt sind. Dabei geht es um den Mord an einem 28jährigen Senftenberger Ende 1991. Nach bisherigen Erkenntnissen waren vier Mitglieder der Wehrsportgruppe damals mit einem Trabant unterwegs, als ihnen der Sprit ausging. Sie beschlossen, den nächstbesten Autofahrer um Bargeld und Benzin zu erleichtern und täuschten dazu eine Panne vor. Als ein Hilfsbereiter hielt, ging einer aus der Gruppe, Daniel L., auf ihn zu, zückte ohne viel Federlesens eine Waffe und schoß. Als der andere Hauptbeschuldigte, Jens K., kurz darauf sah, daß der Mann noch lebte, drückte er noch einmal auf ihn ab. Unklar ist bislang die Tatbeteiligung der beiden anderen Jugendlichen, die im Trabant saßen. Geplant war offenbar der Raub, doch ist fraglich, ob es auch für den Mord eine Absprache gab. Möglicherweise, so Staatsanwalt Richter, war mindestens einer der Verdächtigen „stinkbesoffen", so daß er von dem Geschehen kaum noch etwas bemerkte.

Richter schließt nicht aus, daß in den nächsten Tagen Ermittlungen gegen Personen eingeleitet werden, die als Mitläufer des neonazistischen Kampfbundes einzustufen seien. Über den Umfang des in Frage kommenden Personenkreises konnte er jedoch noch keine Angaben machen.

INFORMATIONS-ZENTRUM
FÜR
FREIE VÖLKER

Presseerklärung Nr.51 **Köln, den 22.10.1992**

SEIT 36 TAGEN HUNGERSTREIK DER POLITISCHEN GEFANGENEN IM GEFÄNGNIS VON BUCA IN DER TÜRKEI

Am 14.9.1992 ist es im Gefängnis von Izmir-Buca zu einer Auseinandersetzung zwischen der Gefängnisleitung und den politischen Gefangenen gekommen. Der Grund für diese Auseinandersetzung war, daß die Gefangenen gegen die Reduzierung des Hofgangs protestiert haben. 20 Gefangene wurden dabei von Soldaten und Polizisten zum Teil schwer verletzt. Die Verletzten sind nicht ins Krankenhaus gebracht worden. Am 15.9.1992 hat es wieder eine Auseinandersetzung gegeben, bei der 58 Gefangene verletzt worden sind, davon 20 schwer.
Seit 2 Jahren dürfen die Gefangenen im Gefängnis von Izmir-Buca keinen Besuch und keine Post bekommen. Für einige Gefangene ist ein Besuchs- und Postverbot bis 1997 verhängt worden. Aktuell gibt es in keinem Gefängnis der Türkei tatsächliche Isolationshaft, aber im Buca-Gefängnis wird nach jeder Operation versucht, die Frauen in Isolationszellen zu verschleppen.

Die Konterguerilla verteilt seit einem Jahr im Gefängnis Flugblätter unter dem Namen KAP ("Kemalistische Polizei- und Militärkraft"), mit dem Tenor: "Uns gibt es auch im Gefängnis", "Vor uns könnt ihr nicht weglaufen, wir werden euch umbringen".

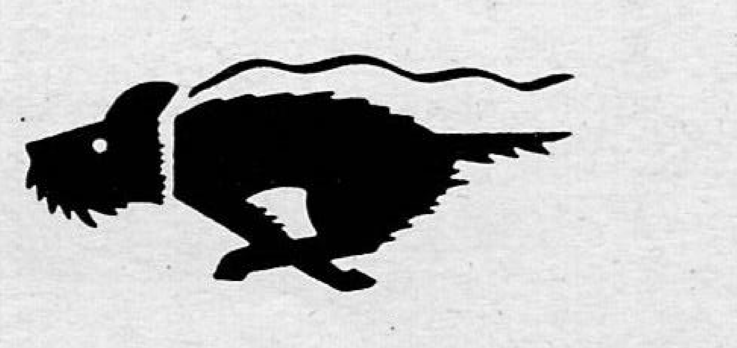
Die politischen Gefangenen beurteilen die Operationen gegen sie als Angriff der Konterguerilla. Aus Protest gegen die Unterdrückung im Gefängnis haben sie am 14.9.1992 einen Hungerstreik angefangen, der heute seit **36 Tagen** andauert.
Die Gefangenen, die sich an diesem Hungerstreik beteiligen, kommen aus den folgenden Organisationen: TKIH, TKP/B, TKP/ML Hareketi, PRK (Rizgari), Direnis Hareketi, TKP/K, Devrimci Yol, DKP, KKP, PKST, TDKP, TIKB, MLSP-B, Ekim, TKP/ML und Devrimci Sol.
Der Hungerstreik wird von den Angehörigen der politschen Gefangenen und den Gefangenen anderer Gefängnisse unterstützt.
In dem aus 25 Punkten bestehenden Forderungskatalog der Gefangenen wird als erstes gefordert, daß menschenwürdige Lebensbedingungen im Gefängnis geschaffen werden, Besuchs- und Posterlaubnis und der Besuch unter den Gefangenen.
In einer Erklärung der politischen Gefangenen und deren Familien rufen sie die Öffentlichkeit auf, gegen die Angriffe zu protestieren und ihren Widerstand zu unterstützen.

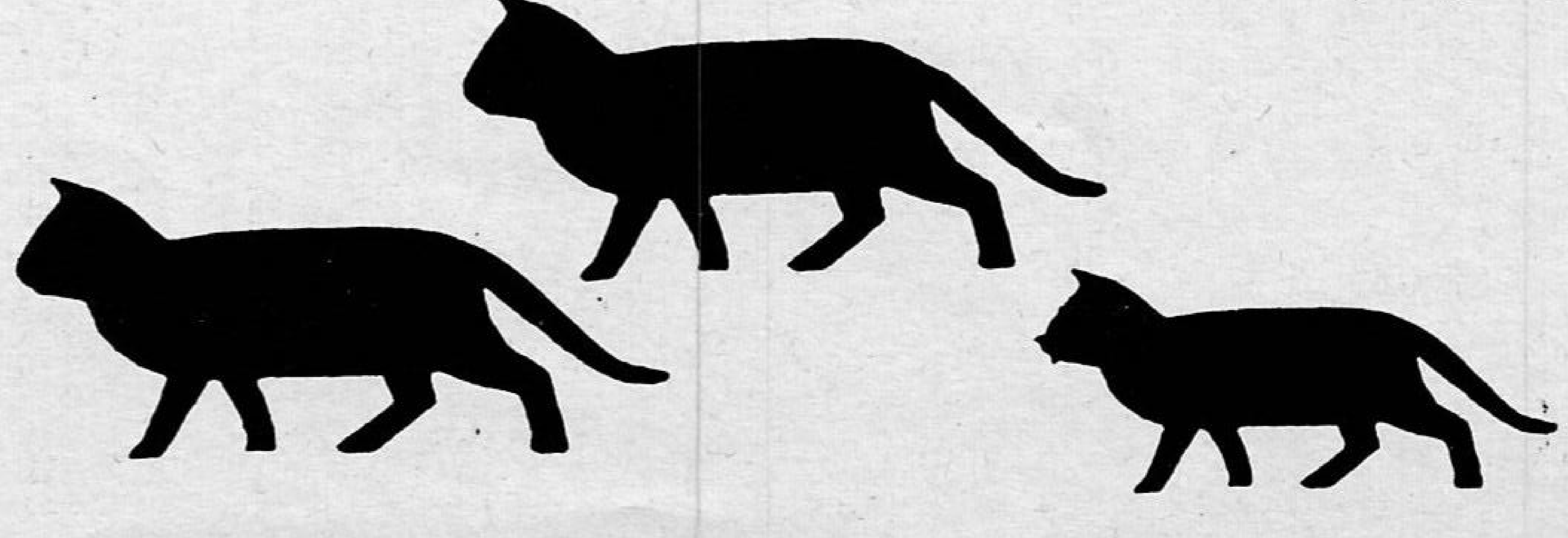
Falls es im Gefängnis zum Tod oder bleibenden Schäden der hungerstreikenden Gefangenen kommt, sind die Regierung, der Justizminister und die Gefängnisleitung dafür verantwortlich.

Wir rufen alle demokratischen Kräfte auf diesen Widerstand zu unterstützen und gegen die Angriffe gegen die politischen Gefangenen in der Türkei zu protestieren.

Nach den letzten Informationen, die wir heute von den Angehörigen der Gefangenen bekommen haben, hat sich der Gesundtheitszustand von Kader AKSU, der sich heute seit 31 Tagen im Hungerstreik befindet, dramatisch verschlechtert. Mittlerweile sind bei ihm Probleme mit dem Magen und den Harnwegen aufgetreten, der Körper verweigert die Aufnahme von Flüssigkeit und Zucker. Ein ärztlicher Bericht sagt, daß seine inneren Organe mittlerweile zu empfindlich geworden sind.
Die Angehörigen fordern deshalb die verantwortllichen Stellen noch einmal dringend auf, die berechtigten Forderungen der Gefangenen zu erfüllen. Die Gefängnisleitung, der Justizminister und die Regierung tragen die Verantwortung für alle gesundtheitlichen Schäden und den möglichen Tod der Gefangenen.

ADRESSE: Teichstr. 16/E 5000 Köln 30 TEL: 0221/ 53 12 78 FAX: 0221/ 53 17 00







termine

Donnerstag, 29.10

20.00 FILM, "Wahrheit macht frei", A-Laden, Rathenowerstr. 22, 1/21

20.00 VIDEO: "Antifacist Action", BBC, englischer Film ohne Übersetzung, Galerie Olga Benario, Weserstr.5

21.00 FILM: "Terror auch im Westen" und "Die Schlacht am Tegeler Weg", Infoladen Daneben, Rigaerstr.84

Freitag, 30.10

19.00 VV, über den "Unabhängigen Block beim Ost-Demo-Zug am 8.11.92" im Versammlungsraum im Mehringhof, Nachfolgetermin am Freitag, 6.11, selber Ort, selbe Zeit

ab 21.00 Semester-Anfangs-FETE am OSI im Café-Geschwulst, Ihnestraße 22

20.00 FILM "Blacks Britanica" anschließ. Diskussion, BAZ

Samstag, 31.10

13.00 SchülerInnen-DEMONSTRATION gegen Fremdenhaß am Breitscheidtplatz

20.00 FILM, "After the Storm" im BAZ

22.00 FILM, "The People´s Account" im BAZ

Sonntag, 1.11.

17.00 ANTIFA-CAFE-WEDDING mit FILM über Neonaziaktivitäten, anschließend Diskussion über Widerstandsformen bei konkreten faschistischen Angriffen, in der Putte, Osloerstr.12, 2.HH., 2.Etage

21.00 FILM: "Pigs" und "Unsere Steine", Infoladen Daneben, Rigaerstr.84

Montag, 2.11.

10.00 Prozeßtermin "Elbterrassenprozeß" in Magdeburg im Landgericht in der Halberstätterstr. (auch an den kommenden Mo.)

18.00 Letzte Frauen/Lesben-WWG-Nachbereitung im Versammlungsraum im Mehringhof

20.00 FILM "linked by a common Thread" im BAZ

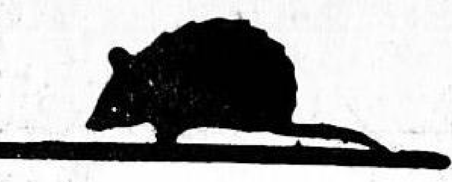
SUPPORT YOUR LOKAL TEAM



FUSSBALL FANLADEN ANSTOSS



BRUNNENSTR.7 BERLIN



Dienstag, 3.11	19.00	VV zur Herangehensweise der Demo am 8.11, Versammlungsraum im Mehringhof
	20.00	VIDEO: "Asyl", Galerie Olga Benario, Weserstr.5, 1/44
	20.00	Treffen von allen, die in ROSTOCK im Knast waren, zwecks Gedächnisprotokolle sammeln und alles weitere abqatschen; Blauer Salon, Mehringhof
	21.00	FILM: "Wiedersehen mit der Revolution", Infoladen Daneben, Rigaerstr. 84
	21.00 u. 23.00	FILM "Die Neue Rechte" (BRD 1992) über den neu entstandenen Rechtsextremismus in Deutschland, Clash, Uferstr. 13, 1/65
Mittwoch, 4.11.	ab 11.00	Frauenabend im Ex mit FILM "Helden für Deutschland"
	18.00	DEMO, Treffpunkt West: Yorckstr. Ecke Mehringdamm, Ost: Rosa Luxemburg-Platz Abschlußkundgebung 19.30 August Bebel-Platz
	19.00	FRAUENABEND im Ex mit FILM "Helden für Deutschland"
	20.00	FILM "Hauptsache Überleben" anschließ. Diskussion BAZ
Donnerstag, 5.11	20.00	VV im Mehringhof zur Demo in Halbe, Versammlunsraum
	20.00	FILM "Unsere Kinder" (Defa, 1989) über "aufmüpfige" DDR-Jugend, die mit dem "offiziellen Staatsantifaschismus" nichts zu tun hat, A-Laden, Rathenowerstraße 22
	20.00	VIDEO: "Mein Name ist Mensch", Film über Roma, Galerie Olga Benario, Weserstr.5, 1/44
	21.00	FILM: "Auf Leben und Tod", Infoladen Daneben, Rigaerstr. 84
Sonntag 8.11.	19.00	Info- und Diskussionsveranstaltung mit Video (Animal Liberation) im El Locco
Montag, 9.11.	17.00	Antifa-Demo in Moabit ab Hertie, Turmstr.
Samstag, 14.11.	11.00	DEMO "Kein Frieden mit Rassismus, Militarismus und Obrigkeitstaat" in Bonn, internationalistischer/antifaschistischer Block trifft sich "Auf der Josefshöhe"
Sonntag, 15.11.	16.00	Antifaschistische Kundgebung in Halbe: "Gegen faschistische Geschichtsfälschung und militaristisches Säbelrasseln"

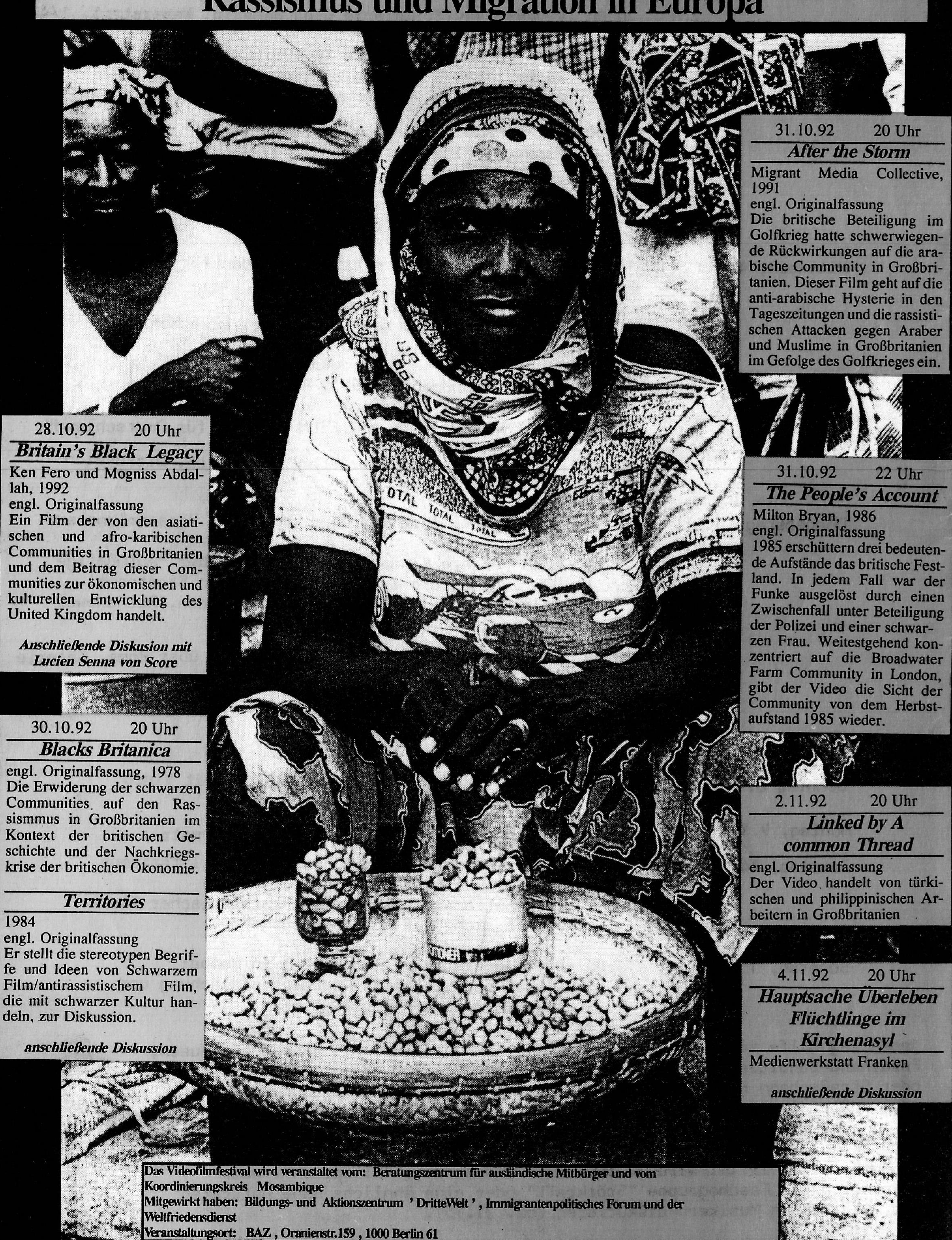
jeden Tag Hilfe zur Unterstützung der AsylbewerberInnen in Hohenschönhausen, Ferdinand-Schultze-Str. 55 (S-Bahn Landsberger Allee, dann 10 Min. zu Fuß oder Straßenbahn Richtung Marzahn), möglichst in den frühen Morgenstunden oder späten Abendstunden



Am Donnerstag, 29.11. wird im Sat. 1 in der Sendung "Einspruch", wahrscheinlich die Faschogruppe "Störkraft" oder eine ähnliche Band auftreten und mit anderen Musikern diskutieren (ca. 21.15).

Videofilmfestival vom 28.10. - 4.11.92 im BAZ

Rassismus und Migration in Europa



28.10.92 20 Uhr

Britain's Black Legacy

Ken Fero und Mogniss Abdallah, 1992
engl. Originalfassung
Ein Film der von den asiatischen und afro-karibischen Communities in Großbritanien und dem Beitrag dieser Communities zur ökonomischen und kulturellen Entwicklung des United Kingdom handelt.

Anschließende Diskusion mit Lucien Senna von Score

30.10.92 20 Uhr

Blacks Britanica

engl. Originalfassung, 1978
Die Erwiderung der schwarzen Communities auf den Rassismmus in Großbritanien im Kontext der britischen Geschichte und der Nachkriegskrise der britischen Ökonomie.

Territories

1984
engl. Originalfassung
Er stellt die stereotypen Begriffe und Ideen von Schwarzem Film/antirassistischem Film, die mit schwarzer Kultur handeln, zur Diskussion.

anschließende Diskussion

31.10.92 20 Uhr

After the Storm

Migrant Media Collective, 1991
engl. Originalfassung
Die britische Beteiligung im Golfkrieg hatte schwerwiegende Rückwirkungen auf die arabische Community in Großbritanien. Dieser Film geht auf die anti-arabische Hysterie in den Tageszeitungen und die rassistischen Attacken gegen Araber und Muslime in Großbritanien im Gefolge des Golfkrieges ein.

31.10.92 22 Uhr

The People's Account

Milton Bryan, 1986
engl. Originalfassung
1985 erschüttern drei bedeutende Aufstände das britische Festland. In jedem Fall war der Funke ausgelöst durch einen Zwischenfall unter Beteiligung der Polizei und einer schwarzen Frau. Weitestgehend konzentriert auf die Broadwater Farm Community in London, gibt der Video die Sicht der Community von dem Herbstaufstand 1985 wieder.

2.11.92 20 Uhr

Linked by A common Thread

engl. Originalfassung
Der Video handelt von türkischen und philippinischen Arbeitern in Großbritanien

4.11.92 20 Uhr

Hauptsache Überleben Flüchtlinge im Kirchenasyl

Medienwerkstatt Franken

anschließende Diskussion

Das Videofilmfestival wird veranstaltet vom: Beratungszentrum für ausländische Mitbürger und vom Koordinierungskreis Mosambique
Mitgewirkt haben: Bildungs- und Aktionszentrum 'DritteWelt', Immigrantenpolitisches Forum und der Weltfriedensdienst
Veranstaltungsort: BAZ, Oranienstr.159, 1000 Berlin 61